

Journalistenpreis



der Volksbanken, Raiffeisenbanken, Spar- und
Darlehnskassen in Rheinland und Westfalen
www.vr-journalistenpreis.de

Journalistenpreis 2008

Der Journalistenpreis 2008 würdigt herausragende journalistische Beiträge in Bild, Wort und Ton, die das Thema „**Wirtschaft vor Ort**“ in seiner regionalen Bedeutung der Öffentlichkeit näherbringen.

Der Preis wird jährlich ausgeschrieben von den Volksbanken, Raiffeisenbanken, Spar- und Darlehnskassen in Rheinland und Westfalen für die Bewertungsregionen Arnsberg, Detmold, Düsseldorf, Koblenz, Köln, Münster und Trier.

Rheinisch-Westfälischer
Genossenschaftsverband e.V.
Pressestelle
Dr. Thorsten Weiland
Mecklenbecker Straße 235-239
48163 Münster

Telefon: 0251/7186-216
Fax: 0251/7186-285
E-Mail: presse@rwgv.de
Internet: www.vr-journalistenpreis.de

INHALT

- 05 Michael Konken
Bundesvorsitzender des Deutschen Journalisten-Verbandes e.V.
Grußwort
- 06 **Die Jury**
- 07 Dr. Ulrich Bittihn und Horst Schreiber
Vorsitzende des Fachausschusses Marketing der
Kreditgenossenschaften in Rheinland und Westfalen
Vorwort
- 08 Marc-Stefan Andres und Dirk Böttcher
Über das Geben und Nehmen
brand eins (*Bewertungsregion Münster*)
- 18 Katrin Matthaui
Tante Emma Laden Barmen
WDR-Fernsehen (*Bewertungsregion Köln*)
- 20 Michael Baus, Peter Fiedler, Günther Goldstein,
Dieter Hirsch, Karl-Heinz Knepper, Philipp Ostrop,
Ludwig Overmann, Magdalene Quiring-Lategahn und
Beate Rottgardt vom „RegioDoDesk“ sowie der
Lokalredaktion Lünen der Ruhr Nachrichten
Blickpunkt Kraftwerksbau in Lünen
Ruhr-Nachrichten (*Bewertungsregion Arnsberg*)
- 24 Frank Christiansen
**Die Preismacher – Wie in Bonn die Preise
für Waren in aller Welt ausgedacht werden**
dpa (*Bewertungsregion Düsseldorf*)
- 28 Ralph Goldmann und Stefan Hanf
Abschied auf Finnisch – Nokia und der Deal von Bochum
ZDF (*Bewertungsregion Düsseldorf*)
- 30 Karsten Stumm
Kommunalfinanzen: Das Rheintal-Kasino
manager-magazin.de (*Bewertungsregion Düsseldorf*)
- 34 Marco Lauer
Mobiltoiletten-Marke Dixi – Geschäft mit dem Geschäft
SPIEGEL ONLINE (*Bewertungsregion Düsseldorf*)

Grußwort

Die Meldungen überschlagen sich: „Dow Jones fällt unter 7000 Punkte“, „IWF rechnet erstmals mit schrumpfender Weltwirtschaft“, „Autozulieferern droht größte Krise ihrer Geschichte“, „Freiberufler sehen 400 000 Arbeitsplätze in Gefahr“. So deutlich wie zurzeit werden uns die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge und der direkte Einfluss der Weltwirtschaft auf das Leben jedes Einzelnen von uns selten vor Augen geführt.

Um zu verstehen, was wirklich Sache ist, brauchen wir Wirtschaftsjournalisten, die uns die Vorgänge im Detail, aber auch die Zusammenhänge erklären können. Kurze Meldungen allein genügen nicht. Wir brauchen gut ausgebildete Journalisten, die vor Ort die Lage analysieren, die die Wirtschaftsdaten der Unternehmen deuten, Prognosen erstellen und frühzeitig informieren, wo es gut und wo es weniger gut läuft. Wir brauchen Journalisten, die hinter die Kulissen schauen, die aufklären, die frühzeitig warnen oder Hoffnung machen. Wir brauchen jetzt, gerade jetzt Klarheit.

Wie Hintergrundberichte im besten Fall aussehen können, zeigen die diesjährigen Preisträger des Journalistenpreises „Wirtschaft vor Ort“. Sie beweisen, wie spannend wirtschaftliche Themen im regionalen und lokalen Raum sein können. Ich wünsche mir, dass es mehr solch preiswürdige Beiträge gibt – so oft wie möglich.

In diesem Zusammenhang appelliere ich an die Arbeit- und Auftraggeber, auf qualitativ hochwertigen Journalismus zu setzen – sich für eine gute Ausbildung, eine faire Bezahlung, genug Zeit für Recherchen und Entdeckerlust stark zu machen. Denn Talent, Fleiß und Hartnäckigkeit der Journalisten sind zwar die Basis für preiswürdige Beiträge – bedürfen aber der notwendigen Unterstützung.

Michael Konken

*Bundesvorsitzender des
Deutschen Journalisten-Verbands e.V. (DJV)*

DIE JURY

Dr. Ulrich Bittihn

Vorsitzender des Fachausschusses Marketing der
Kreditgenossenschaften in Rheinland und Westfalen

Helmut Dahlmann

Landesvorsitzender des Deutschen Journalistenverbandes NRW

Jürgen Dörmann

Journalisten-Zentrum, Haus Busch, Hagen

Harald Heuer

Stellvertretender Leiter der Journalistenschule Ruhr, Essen

Wolfgang Jüngst

WISO-Redakteur, Zweites Deutsches Fernsehen

Prof. Dr. Ulrike Röttger

Institut für Kommunikationswissenschaften, Universität Münster

Carsten Schoßmeier

Chefredakteur, Radio Gütersloh

Horst Schreiber

Stellvertretender Vorsitzender des Fachausschusses Marketing
der Kreditgenossenschaften in Rheinland und Westfalen

Dr. Julian Stech

Preisträger 2004 und Leiter Wirtschaftsredaktion des
General-Anzeigers, Bonn

Dr. Thorsten Weiland

Pressesprecher des Rheinisch-Westfälischen Genossen-
schaftsverbandes e.V. (RWGV)

Georg Weishaupt

Preisträger 2004 und Handelsblatt-Redakteur

Vorwort

Ist es wirklich sinnvoll, einen Journalistenpreis mit dem Thema „Wirtschaft vor Ort“ auszusprechen? Wird die Wirtschaftswirklichkeit nicht allein von globalen Themen rund um Börsencrashes und Rettungsschirme beherrscht? Gibt es in Zeiten grenzenlosen Handels überhaupt noch Berichtenswertes über die Wirtschaft in Barmen, Bochum oder Bonn?

Die überwiegende Zahl von Einsendungen zum 5. „Journalistenpreis der Volksbanken, Raiffeisenbanken, Spar- und Darlehnskassen in Rheinland und Westfalen“ gibt eine klare Antwort: Es ist nicht nur sinnvoll, es ist sogar notwendig, Journalistinnen und Journalisten dafür auszuzeichnen, dass sie kritisch, investigativ und mit einer klaren Sprache über Themen aus den Regionen berichten – über die Eröffnung von Tante-Emma-Läden, den Abzug von Großkonzernen und den Umgang mit Steuergeldern. Denn erst durch lokale Berichterstattung werden globale Zusammenhänge begreifbar. Alle, die über „Wirtschaft vor Ort“ berichten, tragen dazu bei, Transparenz zu schaffen, wo der Schleier der Rhetorik Wahrheit und Klarheit zu überdecken drohen. Sie alle schaffen es, den Menschen Mut zu machen. Sie klären auf, informieren und regen an. Wir danken Ihnen herzlich dafür!

Fast 100 Beiträge sind in diesem Jahr wieder eingegangen. Sie zu lesen, anzuhören und anzuschauen hat der Jury viel Freude bereitet. Die atmosphärischen Bilder, stilsicheren Reportagen und packenden Hörfunkbeiträge stellten die Fachjury aber auch vor eine große Herausforderung: Wer ist der Beste unter den Guten? Dieser Frage galt es zu klären – und dies gelang nur in intensiver Diskussion. Dafür gilt allen, die sich beteiligt haben, unser herzlicher Dank! Im Einzelnen möchten wir uns an dieser Stelle für ihr Engagement in der Jury bedanken bei: Frau Professor Dr. Ulrike Röttger vom Institut für Kommunikationswissenschaften der Universität Münster, Herrn Helmut Dahlmann, Landesvorsitzender des Deutschen Journalistenverbandes NRW, Herrn Jürgen Dörmann vom Journalisten-Zentrum „Haus Busch“ in Hagen, Herrn Harald Heuer, stellvertretender Leiter der Journalistenschule Ruhr, Herrn Wolfgang Jüngst, WISO-Redaktion (ZDF), Herrn Carsten Schoßmeier, Chefredakteur Radio Gütersloh, Herrn Dr. Julian Stech, Leiter der Wirtschaftsredaktion des Bonner General-Anzeigers, Herrn Dr. Thorsten Weiland, Pressesprecher des Rheinisch-Westfälischen Genossenschaftsverbandes (RWGV), und Herrn Gregor Weishaupt, Redakteur des Handelsblatts.

Allen Preisträgerinnen und Preisträgern wünschen wir für ihre künftige journalistische Arbeit alles Gute und wir freuen uns auf viele weitere spannende Wirtschaftsberichte „von vor Ort“.



Dr. Ulrich Bittihn
Vorsitzender des Fachausschusses
Marketing der Kreditgenossenschaften
in Rheinland und Westfalen



Horst Schreiber
Stellvertretender Vorsitzender des
Fachausschusses Marketing der Kredit-
genossenschaften in Rheinland und Westfalen



Marc-Stefan Andres

Geboren: 22. Januar 1970
Wohnort: Münster

Marc-Stefan Andres volontierte nach seinem Studium an der Universität in Münster (Geschichte, Soziologie, Wirtschaftspolitik) bei der Münsterschen Zeitung, den Ruhr Nachrichten und der Wochenzeitung DIE ZEIT. Heute schreibt er als freier Journalist unter anderem für DIE ZEIT, Financial Times Deutschland, Neue Zürcher Zeitung, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau und brand eins.



Dirk Böttcher

Geboren: 26. Juli 1974
Wohnort: Rostock

Dirk Böttcher arbeitete nach seiner Ausbildung zum Steuerfachgehilfen für die Redaktion des „Kulturspiegels“ von Mecklenburg-Vorpommern. Heute ist er als freier Print- und TV-Journalist tätig unter anderem für brand eins, NEON und Stern sowie für ZDF, arte und NDR.

JURYPBEWERTUNG

→ „Über das Geben und Nehmen“ von Marc-Stefan Andres und Dirk Böttcher hat überzeugt. Die Story von Marc-Stefan Andres und Dirk Böttcher hat alles, was eine gute Story braucht. Sie macht neugierig, ist didaktisch gut aufgebaut, überrascht mit guten Wechslen der Stilform und informiert plastisch über ein hoch komplexes Thema. Andres und Böttcher haben einen investigativen Bericht geschrieben, der zeigt, dass Wirtschaft vor Ort manchmal auch dramatisch falsch laufen kann.

Über das Geben und Nehmen

von Marc-Stefan Andres,
Dirk Böttcher, brand eins,
April 2008

Wer das Wort „Subventionen“ hört, denkt an Lügen und Tricks. Ein Vorurteil? Vier Experten und ein Fallbeispiel helfen bei der Meinungsbildung. Übrigens: Diese Geschichte hätte überall spielen können. Ähnlichkeiten mit anderen Fällen an anderen Orten sind weder zufällig noch ungewollt.

Roland Gießelbach sagt, er stelle sich täglich diese eine Frage: „Wie kann man die Wiederholung eines solchen Falles ausschließen?“ Wahrscheinlich kann man das nicht; dazu später mehr. Der Fall, den der Leiter des Landesförderinstitutes Mecklenburg-Vorpommern (LFI) meint, klingt so absurd, dass man kaum glauben mag, dass er sich wirklich so abgespielt hat. Es geht um 70 Millionen Euro aus Steuermitteln, mit denen eine klitzekleine CD-Fabrik in Nordwestmecklenburg zum größten Produzenten von optischen Datenträgern in ganz Europa aufgeblasen wurde. Ein Örtchen namens Dassow wurde zum Mekka der Silberlinge, zur hoch subventionierten Erfolgsgeschichte im mit Erfolgsgeschichten nicht gerade gesegneten Nordosten der Republik. Aus null Angestellten wurden mehr als 1.200 – bald könnten es wieder null sein. Die Luft ist raus. Dassow ist pleite, mal wieder.

Das muss nicht das Ende sein. Wäre es so, hätte es Dassow schon vor einem Jahrzehnt ereilt. Am 1. September 1997 leitete das Werk erstmals das Gesamtvollstreckungsverfahren ein. Noch am selben Tag ging bei Roland Gießelbach ein Antrag auf Förderung „bezüglich des Erwerbs einer stillgelegten Betriebsstätte“ ein. Der Insolvenzverwalter Wilhelm Burke aus Hamburg war zugleich bestens bekannt mit dem neuen Investor Wilhelm Mittrich, auch ein Hamburger. Burke wird später Staatssekretär im Schweriner Wirtschaftsministerium werden, Mittrich von dort Millionen an Fördergeldern erhalten. Pleiten sind in Dassow also eher der Anfang oder auch nur ein Mittendrin in einer ver-

hängnisvollen Subventions-Endlosschleife. Sie beginnt 1991, kurz nach der Neugründung des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern. In einer Zeit, da eine von sich selbst berauschte Bundesregierung eine kleine Volkswirtschaft im Osten mit Förderinstrumenten überschüttet, um „schnell irgendwas hinzukriegen“, wie sich Roland Gießelbach erinnert. Nämlich blühende Landschaften. Gefördert wurde mit klarer Prämisse: einfach alles, also auch ein Unternehmer, der in Dassow eine kleine CD-Fabrik eröffnen wollte. CDs klangen damals gut, irgendwie nach Zukunft.

CHRONOLOGIE 1

(aus einem Protokoll des Landesförderinstituts)

7. Februar 1991: Antrag auf Förderung der Errichtung einer Betriebsstätte zur Herstellung von Tonträgern der ICP Compact-Disc Fertigungsgesellschaft mbH (ICP), Gewerbegebiet Holmer Berg, Dassow

25. Juli 1991: Erlass eines Zuwendungsbescheids an die ICP durch Herrn Minister Conrad-Michael Lehment (FDP)
Förderfähige Investition: 3 743 679,15 Euro
Zuschuss: 861 015,53 Euro
Investitionszulage: 335 356,34 Euro
Dauerarbeitsplätze: 23

28. Januar 1992: Antrag auf Förderung einer Erweiterung der ICP

15. Dezember 1992: Erlass eines Zuwendungsbescheids an die IPC durch Herrn Minister Conrad-Michael Lehment
 Förderfähige Investition: 2 752 284,19 Euro
 Zuschuss: 412 817,06 Euro
 Investitionszulage: 229 212,15 Euro
 Dauerarbeitsplätze: 41

1. September 1997: Eröffnung eines Gesamtvollstreckungsverfahrens über das Vermögen der ICP, bestellter Verwalter Herr Rechtsanwalt Wilhelm Burke (späterer Staatssekretär im Wirtschaftsministerium)

1. September 1997: Antrag auf Förderung der ODS (Optical Disc Service) bezüglich des Erwerbs einer stillgelegten Betriebsstätte, Klondyke Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft AG (CH), Aktionäre: „Familie Mittrich“

Dassow – oder auch Nokia – stehen beispielhaft für die Frage, ob der Staat sich leisten kann, was er zu leisten vorgibt: die Wirtschaft zu fördern und wenn schon nicht blühende Landschaften, so doch ein paar blühende Vorgärten zu schaffen, auch wenn der Boden das nicht hergibt.

Der Nutzen bleibt häufig übersichtlicher als die eingesetzten Mittel. Die »Ostsee-Zeitung« Rostock listet auf, dass von den 105 Millionen Euro aus Steuermitteln, die 149 Betrieben seit 1995 als Darlehen gewährt wurden, 75 Millionen abgeschrieben werden mussten. Bei Kreditsummen von mehr als 50 0000 Euro betrug die Ausfallquote 80 Prozent, von 71 Betrieben in dieser Größenordnung gingen 66 pleite.

Roland Gießelbach hört sich diese Zahlen kopfschüttelnd an, nickt dreimal und schüttelt wieder den Kopf. „Alles aus dem Zusammenhang gerissen“, sagt der gebürtige Rheinländer und lässt sich einen Stapel Papiere bringen. Roland Gießelbach will reden, über Dassow, über Subventionen und darüber, wie teuer es werden kann, einer Region Hoffnung zu geben. Er verspricht eine Stunde Zeit. Dann hat er einen Termin. Den wird er später sausen lassen, weiterreden und Skizzen an eine Tafel

malen. Der Versuch zu erklären, warum es in dem einen Fall derart schiefgehen konnte und es trotzdem richtig und notwendig ist, dass sein Förderinstitut bislang 9 072 Unternehmen mit 3,2 Milliarden Euro allein aus Mitteln der regionalen Wirtschaftsförderung bezuschusste. Das ist viel Geld, deutlich mehr, als Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen bis 2013 für 500 000 neue Krippenplätze auszugeben gedenkt (2,15 Milliarden Euro).

Weg mit den Subventionen!

Berlin. Die Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund hat zum Workshop „Der Nokia-Effekt: Endlich Rückenwind für den Subventionsabbau“ geladen. Wirtschaftswissenschaftler vom Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW), das regelmäßig einen Subventionsbericht veröffentlicht, und Politiker von Bund und Ländern debattieren. In drei Stunden gelingt keine Einigung über die simple Frage: Was sind alles Subventionen? Hernach verträgt man sich bei Lachs und Rindsroulade. Dann sprechen wir mit einem gestärkten Dr. Alfred Boss vom IfW:

Man nennt Sie den Subventions-Papst, Herr Boss. Etwa, weil Sie so sehr an Subventionen glauben? (Lächelt kurz geschmeichelt, schüttelt dann den Kopf) Nein, nein. Es ist nur so, dass sich außer uns kaum noch jemand mit systematischen Untersuchungen über das Ausmaß und die Wirkung von Subventionen befasst. Die anderen Institute haben sich von dieser Arbeit lange verabschiedet. Sie ist ja auch recht mühsam und spröde. Wissenschaftliche Meriten lassen sich damit nicht verdienen.

Aufmerksamkeit aber schon. Für das Jahr 2003 ergaben Ihre Untersuchungen eine ganz beachtliche Zahl.

Die Einkommensteuer hätte für jeden Bundesbürger um 60 Prozent gesenkt werden können, hätte der Staat auf Subventionen verzichtet. Für das Jahr 2007 wird der Betrag ähnlich ausfallen. Von 539 Milliarden Euro geschätztem Gesamtsteueraufkommen landeten etwa 143,1 Milliarden Euro in Subventionstöpfen.

Die Bundesregierung veröffentlicht niedrigere Zahlen.

Weil sie „subventionsähnliche Tatbestände“ ausklammert: Steuervergünstigungen auf Bundes-, Länder- und Gemeinde-Ebene, die Subventionen

an Krankenhäuser oder im kulturellen Sektor, die Hilfen des Bundes für die Deutsche Bahn AG oder Bürgschaften mit Subventionsäquivalent wie bei der West LB. Die Bundesregierung schätzt die Steuervergünstigungen in ihrem Subventionsbericht 2008 auf 26,7 Milliarden Euro, wir kommen auf 48,8 Milliarden Euro.

Sind das Tricksereien?

Zumindest ist es nicht transparent. Bleiben wir bei den Steuervergünstigungen: Um diese transparent zu machen, müssten Sie sämtliche Steuererklärungen von Privatpersonen und Unternehmen veröffentlichen. Das geht schon formal nicht. Warum aber größere Finanzhilfen an Unternehmen nicht veröffentlicht werden, ist nicht zu erklären. Wer Staatsknete bekommt, sollte irgendwo erkennbar sein. Dann hätte die Öffentlichkeit schon vor zehn Jahren gewusst, dass Nokia Geld kriegt. Aber die Landesregierungen beschließen ihre Finanzhilfen in nicht öffentlichen Sitzungen. Die Haushalte weisen später nur Gesamtsummen aus.

Nun ist die Politik nicht aufgerufen, nüchterne Ökonomie zu betreiben, sondern das Gemeinwohl zu fördern. Bei Kultur, Umwelt oder der Schaffung von Arbeitsplätzen gibt es für Subventionen in der Öffentlichkeit breite Zustimmung.

Ja, mit diesem Argument werden die Ihnen kommen: Wir schaffen Arbeitsplätze. Oft gibt es sogar einen Vertrag, wie bei Nokia. Und in der Zahl der Arbeitsplätze ist ein Erfolg vorzeigbar, und die Politiker sagen ihrem Volk: Seht her, nun wählt mal richtig.

Hören wir da leichte Zweifel?

Natürlich, denn diese Hilfen halten die Steuerlast hoch. Sie bedeuten Betrug an denjenigen, die von 100 Euro zusätzlichem Gehalt zwei Drittel an den Staat abliefern müssen oder erst gar keinen Job finden. Die potenziellen Beschäftigten, für die aufgrund der hohen Steuerlast kein Arbeitsplatz bereitsteht, haben keine Stimme in diesem Prozess.

Subventionen werden auch durch Lügen und Tricks verschwendet. Wer ist schuld: die Unternehmen, die tricksen, oder die Politik, die sich austricksen lässt?

Die Politik! Sie bietet diese Mittel an und braucht sich dann auch nicht zu wundern, wenn Unternehmen sie nachfragen. Auch wenn man der Politik guten Willen unterstellt: Subventionen sind kein geeignetes Instrument. Was wissen wir denn,

was in 20 Jahren ist? Wer hätte vor zehn Jahren gedacht, dass Kohle und Stahl in Deutschland noch einmal boomen? Kurzum: Das Risiko, mit Subventionen einen Flop zu landen, ist einfach zu groß.

Betrug bei Subventionen ist das eine, eine trügerische, weil künstlich aufgepöpelte Wirtschaft das andere Problem?

Schauen Sie sich den Osten an. Der ist überzogen mit Subventionen, von der EU, dem Bund, den Ländern, für Wohnungsbau, Infrastruktur – da finden Sie kein Ende. Beim Wohnungsbau lief das so erfolgreich, dass es am Ende neuer Subventionen bedurfte, um die zu viel gebauten Wohnungen wieder abzureißen.

Wie sollte man Ihrer Meinung nach mit Subventionen umgehen?

Abschaffen und schauen, was passiert. Oder alles um 20 Prozent kürzen. Die Steuern sänken spürbar, es gäbe mehr Beschäftigung und weniger Anlass, Beschäftigung mit Subventionen zu fördern.

Roland Gießelbach doziert durch den Stapel Papier. Auf einem Blatt steht: „Lösungsweg: Sparen + in Wachstum investieren = Grundlage für künftige Leistung.“ Zu lösen ist das Problem, in Meklenburg-Vorpommern – mit der pro Kopf geringsten Binnennachfrage in Deutschland – das Brutto-

sozialprodukt zu steigern. Dafür braucht es Investoren, und die werden mit Förderung angelockt, alles, um den „negativen Restposten“ auszugleichen, nämlich ein Siebtel der Ausgaben, die in Mecklenburg-Vorpommern nicht durch eigene Leistungen gedeckt werden können. Im Jahr 2006 waren das 5,7 Milliarden Euro.

„Man könnte das natürlich so hinnehmen“, sagt Gießelbach nüchtern. Wer Arbeit will, geht dann eben nach Bayern. Aber Gießelbach oder die ihm übergeordneten Wirtschaftsminister sind nicht von der Sorte, die so etwas hinnehmen. Sie machen. Gießelbach ist es gewöhnt, Weichen zu stellen. Der Ingenieur, Ökonom und Verwaltungsbeamte begann bei der Bahn, arbeitete im Bundeswirtschaftsministerium und bei der EU. Oft spricht er davon, etwas „nicht zulassen zu können“, „etwas machen zu müssen“. Gießelbach fühlt sich persönlich verantwortlich für jeden Schweißler, der im Nordosten seinen Job verliert, jedes Unternehmen, das pleitegeht. Das treibe ihn um. Das ist nicht verwerflich. Nur fragen sich vielleicht einige, warum sie dieses Samaritertum mit ihren Steuern bezahlen müssen.

Etwa als das Landesförderinstitut Mitte der neunziger Jahre frisch privatisierten und bald kränkelnden Unternehmen mit 105 Millionen unter die Arme griff. „Weil man die jungen Firmen doch nicht sehenden Auges gegen die Wand krachen lassen konnte“, wie Gießelbach heute sagt. Sie krachten dann aber trotzdem, es schepperte nur ein bisschen lauter.

Doch es geht hier um mehr – um Hoffnung. Die Währung, in der sie berechnet wird, sind Arbeitsplätze. „Wem würde es nicht gefallen, wenn die Zahl der Arbeitsplätze wie in Dassow von 0 auf 1 200 steigt“, sagt Gießelbach zur Erklärung, warum ein Unternehmen länger als ein Jahrzehnt massiv gefördert wurde. Es gab Zeiten, als einzelne Jobs mit 280 000 Euro subventioniert wurden, heute sind es maximal 100 000 Euro. Gießelbach rechnet vor, dass durch Förderungen mehr als 86 000 Jobs entstanden seien. Durch Lohnsteuer- und So-

zialabgaben für die öffentliche Hand hätten sich diese Mittel schon nach fünf Jahren amortisiert. Leider gibt es kaum einen dieser Jobs nach fünf Jahren noch.

CHRONOLOGIE 2

5. Mai 1998: Erlass eines Zuwendungsbescheides an die ODS durch Herrn Minister Jürgen Seidel (CDU)
Förderfähige Investition: 16.741.655,46 Euro
Zuschuss: 5.232.663,37 Euro
Investitionszulage: 1.455.696,00 Euro
Dauerarbeitsplätze: 45

29. Dezember 1998: Antrag auf Förderung der Erweiterung durch die ODS

24. Februar 1999: Nachfrage der Staatsanwaltschaft Schwerin zu dem Ermittlungsverfahren (ICP); Anhaltspunkte für Subventionsbetrug lägen nicht vor

13. November 2000: Erlass eines Zuwendungsbescheides an die ODS durch Herrn Minister Rolf Eggert (SPD)
Förderfähige Investition: 13 403 859,70 Euro
Zuschuss: 2 897 951,25 Euro
Investitionszulage: 2 552 011,11 Euro
Dauerarbeitsplätze: 60

In Geberlaune

Als Professor Karl-Heinz Paqué Finanzminister in Sachsen-Anhalt war (2002-2006), beantragte eine dortige Großbäckerei regelmäßig Zulagen für Investitionen in neue Backmaschinen. Als dies zum achten Mal geschah, lehnte das Wirtschaftsministerium ab. Die Bäckerei holte sich die Förderung in Thüringen und produziert nun dort - für Kunden in Japan. Die Regierung in Sachsen-Anhalt bekam dafür von den Medien gehörig auf den Deckel. Es soll aber nicht der Grund gewesen sein, warum Paqué in diesem Jahr von der Politik zurück in die Wissenschaft wechselte.

Herr Paqué, warum gibt es überhaupt Subventionen?

Subventionen wird es immer geben, solange es Massenarbeitslosigkeit und Globalisierung gibt. Es hat auch Sinn, wenn wie im Fall Nokia der Bürgermeister und das Land Förderungen zahlen. Immerhin war das Unternehmen dadurch zwölf Jahre da.

Nüchtern betrachtet ist das eine ziemlich lange Zeit. Dass Nokia nun dort hingeht, wo es mehr und neue Förderung gibt, ist schlichtweg hinzunehmen.

Das bedeutet also: Gäbe es die Subventionen nicht, gäbe es auch die Fälle Nokia und Dassow nicht?

Richtig. Wenn Sie kein Geld ausgeben, gibt es auch keinen Betrug damit. Aber dann haben wir ein Problem. Wenn sich das Kapital nicht bewegt, müssen sich die Arbeiter bewegen. Die Gesellschaft müsste akzeptieren, dass ganze Regionen veröden. Für einen Ökonom ließe sich das vertreten, politisch halten Sie das nicht durch. Seit dem Mittelalter versucht Europa eine gewisse Struktur zu halten, setzt auf Ausgleich und seit jeher auf Subventionen.

Wie weit liegen politisches und ökonomisches Ideal auseinander?

Schauen Sie sich die Regionen in Europa an, die wirtschaftlich erfolgreich sind: Irland, Portugal, Spanien, Schottland – alles Länder, die viel Unterstützung bekommen. Der Erfolg gelang stets mit EU-Mitteln und konsequenter Strukturpolitik. Dass beim Thema Subventionen alles ins Leere läuft, ist einfach nicht richtig.

Ein gehöriger Teil aber schon.

Natürlich gibt es Mitnahmeeffekte. Kriminelle Energie und politischer Druck verleiten Politiker immer wieder dazu, den Unternehmen Geld nachzuschmeißen. Zumal, würden sie das nicht tun, es am Ende hieße, Fördergelder seien nicht vollstän-

dig abgerufen und deshalb gekürzt worden. Die derzeitige Belohnungsstruktur ist einfach pervers: Wer alles ausgibt, hat alles richtig gemacht.

Ökonomen fordern mehr Transparenz bei der Mittelvergabe. Welche Gelder Nokia bekam, ist nie ausgewiesen worden?

Diejenigen, die es interessiert und diejenigen, die sich mit der Materie beschäftigen, kennen die Summen doch. Nicht genau auf Heller und Pfennig, aber die Größenordnung auf jeden Fall. Ob es nun 40 oder 45 Millionen Euro waren, ist doch auch völlig wurscht. Ich bin zwar dafür: Wer etwas erhält, sollte dies auch veröffentlichen. Aber glauben Sie mir, ändern würde sich dadurch nichts.

Was würde denn etwas ändern?

Die Subventionen von den Wirtschaftsministerien zu entkoppeln. Dort herrscht eine zu starke Anreizstruktur, die Sachen positiv darzustellen und Gelder auszugeben. Eine Verankerung im Finanzministerium hätte die Folge, dass das Vergaberecht in der Obhut einer Institution wäre, die ihre Gelder zusammenhält.

Dassow boomt. „Was wollen die hier bloß alles produzieren“, dachte im Jahr 2002 ein mittlerweile arbeitsloser Mitarbeiter, der seinen Namen nicht nennen mag. Er hofft, wenn es einmal weitergeht in Dassow, wieder einen Job zu kriegen. Vor sechs Jahren wurde das Werk exorbitant erweitert, auf 20 Hektar überdachte DVD-Produktion. Die Geschäftsleitung verkündete, die Ausrichtung heiße jetzt „Global Player“.

Wie mag so ein Wort geklungen haben, seinerzeit in Dassow? Bei der Landesregierung in Schwerin? Der einstige Mitarbeiter sagt: „Wir fühlten uns wie in einem Weltkonzern. Es wurde viel gearbeitet, unbezahlte Überstunden. Im Grunde genommen lief es eine Zeit lang richtig gut.“ Mit der Arbeit kamen sie kaum nach. 500 Millionen CDs und DVDs wurden pro Jahr von einer firmeneigenen Lkw-Flotte in ganz Europa ausgeliefert. Der Ort Dassow kassierte bis zu einer Million Euro Gewerbesteuer, ein Viertel seines Haushaltes. Es wurden ständig Leute eingestellt, und zwar alles, was laufen konnte und Förderung vom Arbeitsamt bekam. Gelernte Bäcker und Klempner bedienten supermoderne Lasermaschinen.

50 Prozent des Umsatzes erwirtschaftete die Fabrik allein mit Pornos. Als Universal Pictures als neuer Kunde kam (man zahlte dafür 6,8 Millionen Euro), sicherte ODS vertraglich zu, diese nicht

mehr zu produzieren. Universal befürchtete Verwechslungen in der Auslieferung. Besuchten deren Inspektoren die Fabrik, wurde das Brennen der heißen Scheiben kurz unterbrochen. Die verruchte Produktion verschwand in einem Lkw und wurde später wieder ausgepackt.

CHRONOLOGIE 3

21. Januar 2002: Antrag auf Förderung der Erweiterung durch die ODS

14. Februar 2002: Erlass eines Zuwendungsbescheides an die ODS durch Herrn Minister Otto Ebnet (SPD)

Förderfähige Investition: 47 612 646,20 Euro

Zuschuss: 8 606 700,00 Euro

Investitionszulage: 11 374 002,45 Euro

Dauerarbeitsplätze: 241

2. Oktober 2002: Erlass eines Zuwendungsbescheides an die ODS durch Herrn Minister Otto Ebnet

Förderfähige Investition: 49 116 363,67 Euro

Zuschuss: 16 026 600,00 Euro

Investitionszulage: 8 468 030,00 Euro

Dauerarbeitsplätze: 340

(Widerruf am 10. Dezember 2007)

9. Dezember 2002: Aktenvermerk zur Kenntnis Minister Ebnet zum Thema Ermittlungsverfahren gegen Mittrich und andere (ODS) wegen Subventionsbetrugs und Konkursverschleppung. Votum: Keine ernsthaften Anhaltspunkte, weitere Auszahlung ist möglich und wird veranlasst.

30. Juni 2003: Antrag auf Förderung der Erweiterung durch die ODS

Bürgermeister Ulrich Howest (SPD) aus dem kleinen Ort Gadebusch schreibt im Jahr 2002 einen Brief an das Wirtschaftsministerium. Er war auf die Schneise von Insolvenzen gestoßen, die der Hamburger Unternehmer Wilhelm Mittrich, seit

1997 Geschäftsführer in Dassow, durch ganz Europa geschlagen hatte. Howest riet dazu, „so einem“, der in Großbritannien mit einem Berufsverbot belegt worden sei, nicht auch noch Fördergelder nachzuschmeißen.

Der Brief gilt beim einstigen Wirtschafts- und derzeitigen Verkehrsminister Ebnet, Dassows größtem Förderer, bis heute als „nicht empfangen“. 2003 wies die IG Metall das Ministerium auf Risiken in Mittrichs Geschäften hin. Ein Jahr später lehnte es die Sparkasse Mecklenburg-Nordwest ab, bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) Mittel zu beantragen, mit Hinweis auf die „bisher unbefriedigende Geschäftsentwicklung“ bei ODS. Deren Geschäftsführer Mittrich prahlte, einem Protokoll aus dem Jahr 1999 zufolge, mit Politikern des Wirtschaftsministeriums und Mitarbeitern des LFI „persönlich bestens bekannt“ zu sein.

CHRONOLOGIE 4

10. Juni 2005: Erlass eines Zuwendungsbescheides an ODS durch das LFI

Förderfähige Investition: 49 777 200,00 Euro

Zuschuss: 10 869 300,00 Euro

Investitionszulage: 60 22150,00 Euro

Dauerarbeitsplätze: 600

1. September 2005: Einzige Auszahlung an ODS, 10 Millionen kamen nicht zur Auszahlung: fällig erst in 2008, bis dahin hatte die Entwicklung eine Auszahlung verhindert

30. September 2005: Dauerarbeitsplätze im Betrieb ODS laut Meldung: 1 023

24. November 2005: Letzte Auszahlung von Fördermitteln an ODS

30. September 2006: Dauerarbeitsplätze im Betrieb ODS laut Meldung: 1 202

Es mag nicht unbedeutend für Geschichten wie diese sein, dass keiner der Mitwirkenden aus der Region des Geschehens stammt. Ein einheimischer Mitarbeiter einer Fördergesellschaft des Landes beklagt die fehlende „regionale Kompetenz“ vieler Beamter. Auch das „regional“, sagt er, könne man häufig weglassen. Der ehemalige Wirtschaftsminister Otto Ebnet etwa gilt als jemand, der keinen Spatenstich auslässt. Er ebnet den Weg zu Förderungen für Unternehmen persönlich. Seine Frühstückspausen mit LFI-Chef Gieselbach im Nieder-

ländischen Hof zu Schwerin sind bei Mitarbeitern des Wirtschaftsministeriums legendär. Der Minister entschied dort beim Ei-Aufschlagen, wer Subventionen bekam, und Gießelbach führte die Weisungen, er nennt es „Verwaltungsakte“, aus.

In der Tatsache, dass sein Institut noch im Jahr 2005 Fördermittel an einen Unternehmer beschied, dessen Pleiten-Geschichte schon drei Jahre zuvor einem Bürgermeister aus Gadebusch bekannt war, kann Gießelbach kein Kontrollversagen erkennen. Es sei denn, man erwarte von ihm, „sämtliche Bilanzen in Deutschland als gefälscht zu erachten“. Schließlich attestierten die Wirtschaftsprüfer von PricewaterhouseCoopers (PwC) noch in der Bilanz 2006: „keine Einwände“. Die wies 23 Millionen Euro Gewinn aus (erreicht durch gruppeninterne Firmenverkäufe). Zudem beteiligte sich 2003 die Beteiligungsgesellschaft der IKB-Bank mit 25 Prozent in Dassow, und die IKB galt bis vor Kurzem noch als hochseriös. In Dassow sei, wie bei Förderprojekten üblich, nach dem Vier-Augen-System geprüft worden. Ein offizielles Gremium war für jeden Förderfall eingerichtet, und vor Ort wurde angeblich kontrolliert, ob die angeschafften Maschinen auch tatsächlich neu waren. Wie sich später herausgestellt hat, stimmte es bei fünf von 35 eben doch nicht.

Her mit den Subventionen!

„Innova1, Odenthaler Straße 162? Was soll das denn sein?“, fragt der Taxifahrer auf dem Weg vom Leverkusener Bahnhof zum Stadtteil Schlebusch. Er hält vor einer Gründerzeitvilla. Innova1 – der Firmengründer Jürgen Lenz berät hier kleine und mittelständische Unternehmen, die für die Entwicklung technischer Innovationen Fördermittel

beantragen wollen. Der 59-jährige Subventionsberater hat sich auf das „Programm Innovationskompetenz mittelständischer Unternehmen (Pro Inno II)“ spezialisiert. Bislang habe das, sagt er, zu hundert Prozent geklappt.

Könnten Sie einen Antrag auf Subventionen für Forschung und Entwicklung so verfassen, dass gefördert wird, obwohl gar kein tragfähiges Konzept dahintersteckt?

Wenn man keine gute Projektidee hat, wäre das relativ schwierig. Außerdem ist es mit dem Antrag allein noch nicht getan. Nach dem sogenannten Bewilligungsbescheid muss man Mitteilungspflichten erfüllen, Stundennachweise erstellen, Projektberichte und einen Abschlussbericht vorlegen. Das wird hinterher von Preisprüfern kontrolliert.

Aber Anfragen in diese Richtung hatten Sie schon?

Nein, meine mittelständischen Kunden haben eher Angst, mit dem Gesetz in Konflikt zu geraten. Die meisten Antragsteller sind Ingenieure und Techniker, die es gewohnt sind, nach Recht und Ordnung zu handeln. Weltoffene Kaufleute, die sich zum Beispiel um Standortförderung bemühen, sind vielleicht eher bereit, nach Schlupflöchern zu suchen und fünf auch mal gerade sein zu lassen.

Aber auch die rechtschaffenen Techniker brauchen jemanden wie Sie, der alle Tricks kennt, um an Subventionen zu gelangen.

Wenn wir meine Spezialisierung als positiven Trick bezeichnen, ja. Ich habe im Lauf der Jahre den Unterschied zwischen gesetzlichen Richtlinien und Verwaltungspraxis sehr gut kennengelernt. Man sollte bestimmte Dinge nicht in die Anträge hineinschreiben. Zudem kenne ich die einzelnen Sachbearbeiter, die zum Beispiel unterschiedlich auslegen, was noch Forschung und Entwicklung ist.

Stehen Ihnen die Entscheider positiv gegenüber?

Ja, weil gut gestellte Anträge ihnen die Arbeit erleichtern, die Anträge qualitativ besser werden und das Geld unter die Leute kommt. Die Fördergeber wollen, wenn es einmal ein festgesetztes Fördervolumen gibt, ihre Förderung an die richtige Stelle bringen. Sonst wird das Fördervolumen zum nächsten Haushaltsjahr vielleicht gekürzt, und dann werden Stellen gestrichen.

Nur ein Achtel der Unternehmen, die Subventionen in Anspruch nehmen könnten, tut das auch. Woran liegt das?

Viele haben Angst vor der Flut an Formalitäten. Auch das Risiko erscheint zu groß: 40 Prozent der Anträge, die Unternehmen beim Förderprogramm Pro Inno II stellen, scheitern. Noch schlimmer ist es bei der EU. Auf fünf nicht erfolgreiche Anträge kommt einer, der funktioniert. So ein Antrag kostet schnell 30 000 Euro. Das kann man keinem Mittelständler zumuten. Auch ist die EU zu anonym. Es gibt keinen, den man einfach mal anrufen kann.

Im Vergleich zu Standortsubventionen sind Ihre Projekte kleine Fische. Käme man leichter ans große Geld?

Manchmal schon, weil die förderungspolitische Gestaltung direkt bei den Politikern liegt. Ein Kunde von mir wollte in Baden-Württemberg sein Unternehmen aufbauen und 75 Arbeitsplätze schaffen. Ich war beim Treffen mit dem zuständigen Minister dabei. Man einigte sich, dass die 50 Millionen Euro Investitionen jeweils zu einem Drittel vom Bund, Land und Unternehmen geteilt wurden. Wenn Sie als Unternehmer überzeugen können, bringen Sie einiges ins Rollen.

Nach zwei Stunden Gespräch sind wir mit Roland Gieselbach wieder bei der Eingangsfrage angelangt. Er stellt noch einmal fest, dass 90 Prozent der Förderungen im Land korrekt und erfolgreich liefen. Sie seien heute nicht mehr so hoch wie in den Neunzigern. Damals gab es viel Geld und wenig Investoren, mittlerweile sei es umgekehrt. Im ersten Halbjahr 2007 erreichte Mecklenburg-Vorpommern vier Prozent Wachstum, das war bundesweit Spitze.

Die Antwort darauf, wie man einen Fall wie jenen

in Dassow zukünftig ausschließen könne, liegt für Gieselbach in einer „engeren Zusammenarbeit mit Polizei, Finanzämtern und Staatsanwaltschaft“. Die verfügten über mehr Informationen, als sie seine Behörde je aufreiben könne. Fragt er aber bei den Staatsanwälten nach, verweisen die ihn ins Internet, „da steht alles“. Fragt er das Finanzamt, beruft man sich dort auf das Steuergeheimnis. Gieselbach fordert deshalb, dass Subventionsempfänger die Finanzämter grundsätzlich vom Steuergeheimnis befreien müssten, „sonst gibt es eben keine Subventionen“.

In diesem Fall hätte er auch einfach mal auf einen Bürgermeister aus Gadebusch hören können, fünf Jahre, zwei weitere Förderbescheide und 30 Millionen Euro vor der Pleite.

Das dynamische Duo

Man könnte den Bund der Steuerzahler ein Netzwerk von Hobby-Denunzianten nennen. Die meisten Hinweise auf Verschwendung von Steuermitteln erhält der Verein direkt aus der Bevölkerung. Oft akribisch recherchierte und auf mehreren Seiten handschriftlich dokumentierte Sachverhalte, von denen die damit einst betrauten Politiker und Unternehmer später immer nichts gewusst haben wollen. Reiner Holznapel, Geschäftsführer des Bundes der Steuerzahler in Berlin, kennt eine Menge solcher Fälle.

Würden Sie bei Subventionen eher von Lügen und Tricks oder von Verschwendung reden?

Ich würde es einen Bumerang nennen, den die Politik zurückbekommt, indem sie solch enorme Summen verteilt. Weil manche Politiker meinen, die Wirtschaft besser zu verstehen als die Unternehmer selbst. Der Wille zu gestalten ist sehr ausgeprägt, und man darf auch die Mentalität nicht unterschätzen, in der Öffentlichkeit ab und an ein Bändchen durchschneiden zu wollen.

Wen sehen Sie als die treibende Kraft bei den Trickserien?

Ich sehe ein dynamisches Duo, geleitet von Illusionen, Hoffnungen und Euphorie. Wer investieren möchte und merkt, er kommt mit seinen eigentlichen Vorstellungen nicht ganz durch, der schaut sich mit der IHK die Förderrichtlinien an und sattelt ein bisschen auf. Dann geht es zu den Landesförderinstituten. Wer klug ist, schaut auch bei seinem Landtagsabgeordneten vorbei. Da blitzen sofort die Augen. Je größer die Investitionen, desto enger die Verquickungen zwischen Politik und Wirtschaft. Die bestehen weniger zu jenen Politi-

kern, die wir jeden Tag im Fernsehen sehen, sondern auf der unsichtbaren Verwaltungsebene der ministeriellen Bürokratie. Wenn, wie bei der RAG, ehemalige Wirtschaftsminister in den Vorständen der Konzerne sitzen oder saßen, kennen diese die Strukturen ihrer einstigen Arbeitgeber natürlich ganz genau und wissen, wie man ein Projekt förderfähig schustert.

Was glauben Sie, wie viele Subventionen verschwendet werden?

Das weiß niemand. Die Landesregierungen wissen nicht einmal, wie viele Fördermittel sie ausgezahlt haben, geschweige, dass die Ministerien untereinander wüssten, wer welche Fördertöpfe unterhält. Über die riesigen Mittel, die der Staat ausgibt, hat niemand mehr einen Überblick.

Was, glauben Sie, treibt die Politik, trotz klammer Kassen immer noch solche riesigen Summen Fördermittel auszugeben?

Es ist der Glaube, die Wirtschaft lenken zu müssen. Mittlerweile existiert ein völlig strukturloses Geflecht von verschiedenen Fördertöpfen auf allen politischen Ebenen. Jeder Politiker, der Geld in die Hand bekommt, will damit auch etwas bewegen. Oftmals betreiben Politiker dann eine Standortpolitik, die eher politisch als wirtschaftlich sinnvoll ist. Nicht zu vergessen, dass bestimmte Finanzhilfen auch zu den sogenannten Investitionsausgaben zählen, welche die Obergrenze für die Nettokreditaufnahme bilden. Der Staat braucht also Subventionen, um weiter Schulden machen zu können.

CHRONOLOGIE 5

17. Oktober 2006: Mitteilung der ODS, dass geförderte Wirtschaftsgüter teilweise zweckwidrig genutzt werden

26. März 2007: Mitteilung der ODS, dass nicht förderfähige Wirtschaftsgüter teilweise gefördert wurden (Anschaffung gebrauchter statt neuer Wirtschaftsgüter)

27. März 2007: Mitteilung der ODS, dass geförderte Wirtschaftsgüter teilweise zweckwidrig verwendet wurden (vorfristiger Verkauf einiger Maschinen)

24. April 2007: Schreiben ODS über Kontenpfändung zugunsten des Finanzamtes Wismar in Höhe von 7.306.915,80 Euro.
Das Unternehmen sieht Insolvenzgefahr

26. Juli 2007: Jahresabschluss zum 31.12.2006 durch PwC mit der Feststellung: „Unsere Prüfung hat zu keinen Einwänden geführt.“

22. August 2007: Umfirmierung der ODS in VDD

5. Oktober 2007: Insolvenzverfahren über das Vermögen der VDD eingeleitet

12. Dezember 2007: Erlass von Widerrufsbescheiden in Höhe von 19 167 898,40 Euro

Die Insolvenz wurde im Oktober 2007 bei vollen Auftragsbüchern eingereicht, offiziell, weil zwei Banken ihre Kredite fällig stellten. Von einst 1202 Mitarbeitern sind 433 zunächst in der Transfergesellschaft „Küste“ geparkt. Das Land finanziert diese mit einer „außergewöhnlichen Unterstützung“ von 3,11 Millionen Euro. Im Internet stehen Produktionsanlagen des Werkes zum Verkauf. Der Ex-Wirtschaftsminister Otto Ebnet, der von den Problemen in Dassow und von Mittrichs Vita nichts gewusst haben wollte, sagte zuletzt: „Ich kann nicht hundertprozentig ausschließen, dass ich angesprochen worden bin.“ Mit „an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit“ habe er aber kein Warnschreiben von Bürgermeister Ulrich Howest erhalten. Es wird ein neuer Investor gesucht. Aus dem Wirtschaftsministerium ist zu hören, dass ein tragfähiges Konzept durchaus gefördert würde.



Katrin Matthaei

Geboren: 18. Dezember 1974
Wohnort: Brüssel

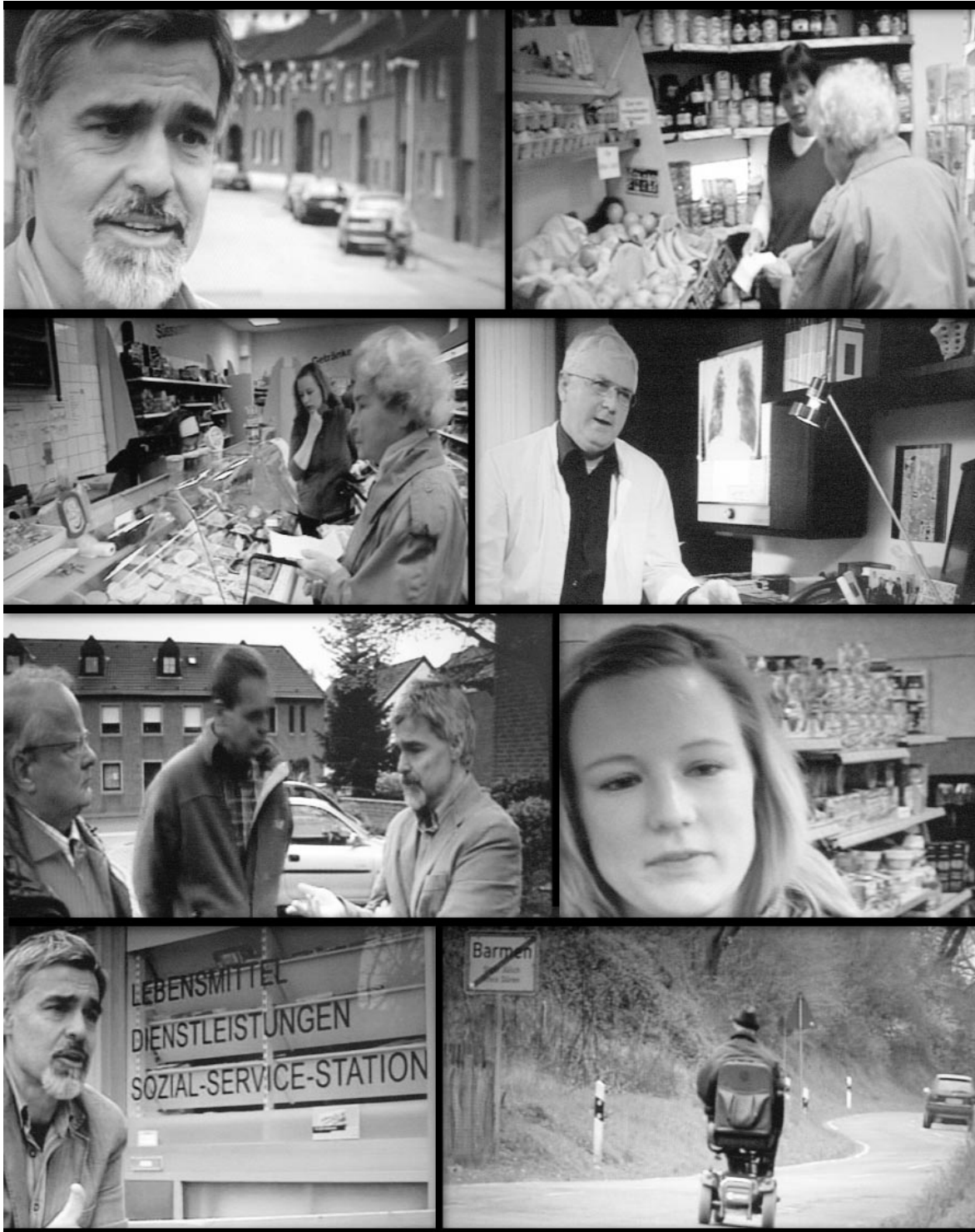
Katrin Matthaei hat nach ihrem Französisch-Studium an der Universität Caen/ Frankreich und ihrem Magister-Studium (Germanistik, Publizistik, Politik) in Bamberg und Mainz ein Volontariat bei der Deutschen Welle in Bonn und Berlin absolviert. Nachdem sie zwei Jahre lang als Nachrichten-Reporterin und Redakteurin bei der Deutschen Welle (TV) in Berlin tätig war, wechselte sie im Jahr 2007 nach Brüssel, wo sie seitdem als freie Fernseh- und Hörfunkautorin arbeitet (WDR, Deutschlandfunk, Deutsche Welle).

JURYPBEWERTUNG

→ Der Beitrag zeigt sehr deutlich, was passiert, wenn „Wirtschaft vor Ort“ nicht mehr funktioniert. Die Story wird nah am Bürger in einer klaren Bildsprache erzählt. Eine dramaturgisch geschickt und filmisch pointiert umgesetzte Story über Small Business im Zeitalter scheinbar alles beherrschender Laden-Ketten. Katrin Matthaei hat eine kleine, leise und liebevolle Dorfgeschichte mit Happy End produziert.

Tante Emma Laden Barmen

von Katrin Matthaei
WDR-Fernsehen
1. September 2008





Die Gewinnerinnen und Gewinner der Ruhr Nachrichten (von links): Karl-Heinz Knepper, Peter Fiedler, Philipp Ostrop, Michael Baus, Beate Rottgardt, Magdalene Quiring-Lategahn.
Vorne sitzend: Günther Goldstein (links) und Dieter Hirsch.

JURYPBEWERTUNG

→ Die Autoren haben Meinungen ein Gesicht gegeben und helfen dem Leser, Sachargumente richtig einzuordnen. Es ist eine Gemeinschaftsproduktion, die es im Bereich der Lokalzeitungen viel zu selten gibt und damit vorbildlich ist: Ein regional hoch relevantes Thema derart anschaulich, kompakt und leserfreundlich aufzubereiten, beeindruckt. Zitate werden gut eingesetzt, die Recherche ist solide. Und: Eine sehr gute cross-mediale Anbindung (Audio, Video, Grafik) macht den Beitrag zu etwas Besonderem.

Michael Baus

Geboren: 19. Februar 1960, Wohnort: Lünen
Michael Baus volontierte nach seinem Studium an der Universität Bochum (Geschichte und Publizistik) bei den Ruhr Nachrichten. Seit 1990 ist er Redakteur in der Redaktion Lünen, seit 1995 dort ständiger Planer. Seit Mai 2007 ist er Editor am „RegioDoDesk“ für die Ausgabe Lünen.

Peter Fiedler

Geboren: 19. Juli 1958, Wohnort: Lünen
Peter Fiedler volontierte von 1977 bis 1979 bei den Ruhr Nachrichten. Ab 1980 war er Redakteur in der Redaktion Dortmund der Ruhr Nachrichten mit verschiedenen Schwerpunkt-Aufgaben. Seit 1998 leitet er die Redaktion in Lünen.

Günther Goldstein

Geboren: 30. April 1947, Wohnort: Lünen
Günther Goldstein arbeitet seit seinem Studium an der Werkkunstschule in Dortmund (Industrie-Design und Fotografie) für die Ruhr Nachrichten. Zunächst als freier Mitarbeiter für die Lokalredaktion Dortmund, dann ab 1970 als Volontär und schließlich für die Redaktion Lünen als Fotojournalist.

Dieter Hirsch

Geboren: 13. Dezember 1958, Wohnort: Lünen
Dieter Hirsch studierte Publizistik an der Universität in Münster. 1990 absolvierte er bei den Ruhr Nachrichten ein Volontariat. Seit Oktober 1991 arbeitet er als Redakteur in der Redaktion Lünen.

Karl-Heinz Knepper

Geboren: 16. November 1949, Wohnort: Bergkamen
Karl-Heinz Knepper absolvierte nach seiner Lehre als Verlagskaufmann ein Volontariat beim Westfälischen Anzeiger in Hamm. Seit 1977 arbeitet er als Lokalredakteur der Ruhr Nachrichten, zunächst in der Redaktion Werne, seit 1981 in der Redaktion Lünen.

Philipp Ostrop

Geboren: 20. April 1980, Wohnort: Münster
Philipp Ostrop volontierte bei den Ruhr Nachrichten und arbeitet seitdem für die Mantel-Nachrichtenredaktion „WestPool“. Ab Mai 2007 leitet er für den Großraum Dortmund sechs Lokalredaktionen in einer medienkonvergenten Redaktion. Philipp Ostrop hat auch schon im Jahr 2006 den Journalistenpreise der Volksbanken, Raiffeisenbanken, Spar- und Darlehnskassen in Rheinland und Westfalen gewonnen.

Ludwig Overmann

Geboren: 29. Februar 1956, Wohnort: Werne
Ludwig Overmann volontierte nach seinem Studium in München (Englisch, Geschichte und Kommunikationswissenschaft) in Werne an der Lippe bei den Ruhr Nachrichten. Er arbeitete anschließend als Redakteur im Dortmunder Westen und als Redakteur in Lünen. Seit Januar 2009 ist er in der Stadredaktion Dortmund tätig.

Magdalene Quiring-Lategahn

Geboren: 21. Juni 1961, Wohnort: Dortmund
Magdalene Quiring-Lategahn volontierte bei den Ruhr Nachrichten und arbeitet seit 1981 als Redakteurin in der Lokalredaktion Lünen.

Beate Rottgardt

Geboren: 8. Juni 1963, Wohnort: Lünen
Beate Rottgardt hat nach ihrem Studium an der Universität in Münster (Publizistik, Skandinavistik und Politikwissenschaften) ihr Volontariat bei den Ruhr Nachrichten absolviert. Seit 1987 ist sie Redakteurin der Ruhr Nachrichten in Lünen.

Blickpunkt: Kraftwerksbau in Lünen



RP: Keine Gefahr für Gesundheit

White Kopper (RP) ist der Auffassung, dass die Gefahr für die Gesundheit durch die Bauarbeiten in Lünen nicht besteht. Er weist darauf hin, dass die Luftqualität in der Region durch die Bauarbeiten nicht beeinträchtigt wird. Er betont, dass die Bauarbeiten in Lünen ein wichtiger Schritt für die Energieversorgung der Region sind.

Genehmigung mit Auflagen
Die Genehmigungsbehörde hat die Bauarbeiten in Lünen genehmigt, allerdings mit bestimmten Auflagen. Diese Auflagen betreffen die Luftqualität, den Lärm und die Sicherheit der Bauarbeiten. Die Genehmigungsbehörde hat sichergestellt, dass alle Auflagen erfüllt werden können.



BI: Geld aus Altpapier für Klage

Sammelaktion hat begonnen
Die Bürgerinitiative (BI) hat eine Sammelaktion gestartet, um Geld für die Klage gegen die Bauarbeiten in Lünen zu sammeln. Die BI hat bereits viele Unterschriften gesammelt und hofft, dass die Sammelaktion erfolgreich sein wird.

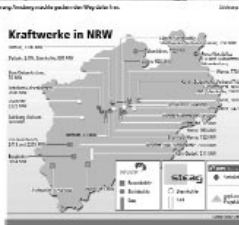


Anstieg und Witz
Die Bauarbeiten in Lünen haben zu einem Anstieg der Luftverschmutzung geführt. Dies hat zu einem Witz unter den Bürgern geführt, dass die Luft in Lünen jetzt 'schwarz' ist. Die BI hat dies als Argument für die Klage genutzt.



Infos auf RuhrNachrichten.de

Die Website RuhrNachrichten.de bietet aktuelle Informationen über die Bauarbeiten in Lünen. Sie enthält Artikel, Fotos und Videos, die die Situation vor Ort zeigen. Die Website ist eine wichtige Informationsquelle für die Bürger der Region.



STELLUNGNAHMEN

Michael Baus (MBA) ist der Auffassung, dass die Bauarbeiten in Lünen ein wichtiger Schritt für die Energieversorgung der Region sind. Er weist darauf hin, dass die Luftqualität in der Region durch die Bauarbeiten nicht beeinträchtigt wird. Er betont, dass die Bauarbeiten in Lünen ein wichtiger Schritt für die Energieversorgung der Region sind.

Peter Fiedler (PF) ist der Auffassung, dass die Bauarbeiten in Lünen ein wichtiger Schritt für die Energieversorgung der Region sind. Er weist darauf hin, dass die Luftqualität in der Region durch die Bauarbeiten nicht beeinträchtigt wird. Er betont, dass die Bauarbeiten in Lünen ein wichtiger Schritt für die Energieversorgung der Region sind.

Günther Goldstein (GG) ist der Auffassung, dass die Bauarbeiten in Lünen ein wichtiger Schritt für die Energieversorgung der Region sind. Er weist darauf hin, dass die Luftqualität in der Region durch die Bauarbeiten nicht beeinträchtigt wird. Er betont, dass die Bauarbeiten in Lünen ein wichtiger Schritt für die Energieversorgung der Region sind.

Dieter Hirsch (DH) ist der Auffassung, dass die Bauarbeiten in Lünen ein wichtiger Schritt für die Energieversorgung der Region sind. Er weist darauf hin, dass die Luftqualität in der Region durch die Bauarbeiten nicht beeinträchtigt wird. Er betont, dass die Bauarbeiten in Lünen ein wichtiger Schritt für die Energieversorgung der Region sind.

Karl-Heinz Knepper (KK) ist der Auffassung, dass die Bauarbeiten in Lünen ein wichtiger Schritt für die Energieversorgung der Region sind. Er weist darauf hin, dass die Luftqualität in der Region durch die Bauarbeiten nicht beeinträchtigt wird. Er betont, dass die Bauarbeiten in Lünen ein wichtiger Schritt für die Energieversorgung der Region sind.

Philipp Ostrop (PO) ist der Auffassung, dass die Bauarbeiten in Lünen ein wichtiger Schritt für die Energieversorgung der Region sind. Er weist darauf hin, dass die Luftqualität in der Region durch die Bauarbeiten nicht beeinträchtigt wird. Er betont, dass die Bauarbeiten in Lünen ein wichtiger Schritt für die Energieversorgung der Region sind.

Ludwig Overmann (LO) ist der Auffassung, dass die Bauarbeiten in Lünen ein wichtiger Schritt für die Energieversorgung der Region sind. Er weist darauf hin, dass die Luftqualität in der Region durch die Bauarbeiten nicht beeinträchtigt wird. Er betont, dass die Bauarbeiten in Lünen ein wichtiger Schritt für die Energieversorgung der Region sind.

Magdalene Quiring-Lategahn (MQ) ist der Auffassung, dass die Bauarbeiten in Lünen ein wichtiger Schritt für die Energieversorgung der Region sind. Er weist darauf hin, dass die Luftqualität in der Region durch die Bauarbeiten nicht beeinträchtigt wird. Er betont, dass die Bauarbeiten in Lünen ein wichtiger Schritt für die Energieversorgung der Region sind.

Beate Rottgardt (BR) ist der Auffassung, dass die Bauarbeiten in Lünen ein wichtiger Schritt für die Energieversorgung der Region sind. Er weist darauf hin, dass die Luftqualität in der Region durch die Bauarbeiten nicht beeinträchtigt wird. Er betont, dass die Bauarbeiten in Lünen ein wichtiger Schritt für die Energieversorgung der Region sind.

Keine Gefahr für Gesundheit

Genehmigung mit Auflagen

LÜNEN/ARNSBERG Nach einem Genehmigungsverfahren von 14 Monaten steht für Regierungspräsident Helmut Diegel fest: „Es gibt keine gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch das Kraftwerk.“

Alle Befürchtungen der Kraftwerksgegner hält der Chef der Bezirksregierung Arnsberg für unbegründet. Man habe sorgfältig alle Aspekte geprüft. So lägen die vom geplanten Kraftwerk ausgehenden Immissionen unter der so genannten Irrelevanzschwelle der Technischen Anleitung Luft. Planungsrechtlich sei der Industriekomplex ebenso zulässig wie wasserrechtlich. Die zu erwartende Temperaturerhöhung der Lippe liege nur bei 0,05 Grad. „Da kann man nicht von Erwärmung sprechen“, meint der RP.

Allerdings ist die Genehmigung nicht frei von Auflagen. So setzte die Behörde z. B. die zulässige Feinstaubbelastung aus der Kohlelagerung auf die Hälfte des gesetzlichen Grenzwertes fest. Aus Diegel sprach der Behördenleiter, aber auch der (CDU-) Politiker. Er nannte das Kraftwerk ein „wichtiges Standortprojekt für den Regierungsbezirk und für NRW“.

Abschaltung

Ein derartiges „modernes, hocheffizientes Kohlekraftwerk“ sei Voraussetzung für die von der Landesregierung geplanten Gespräche über die Abschaltung alter Kraftwerksblöcke. Diegel kommentierte die vom Bund für Umwelt und Naturschutz in Allianz mit der Bürgerinitiative Kontra Kohle Kraftwerk (KKK) angekündigte Klage gegen die Genehmigung: „Wenn es keine Gegenargumente

mehr gibt, sollte eigentlich keine Klage laufen.“ Eine Gefahr für den Kraftwerksbau sieht er in der Klage offenbar nicht: „Wir haben alles getan, was getan werden musste.“

Kein Aufschub

Aufschiebende Wirkung habe eine Klage ohnehin nicht, so Dirk Bremecker, Jurist in der Bezirksregierung. Eine aufschiebende Wirkung müsse beim Oberverwaltungsgericht beantragt werden. „Ich bin zuversichtlich, dass es nicht so weit kommt“, sagte Bremecker.

Was aber, wenn die Richter doch zugunsten der Kraftwerksgegner entscheiden sollten? „Dann hat die Bezirksregierung den politischen Schaden und Trianel den wirtschaftlichen“, meinte Diegel.

Genau 887 767,50 Euro hat Trianel das erste Genehmigungspaket gekostet. Mit 1,3 Milliarden Gesamtinvestment werde kalkuliert. „Die eigentliche Kraftwerksanlage ist deutlich billiger“, hob Manfred Ungethüm für Trianel hervor: „Wenn wir nicht schon im Dezember 2006 einen Festpreis vereinbart hätten, säßen wir heute nicht hier.“ Er sei sicher, dass die Kraftwerksanlage für Trianel „mindestens 30 Prozent billiger ist, als wenn wir sie heute kaufen würden.“

Ungethüm betonte, das Genehmigungsverfahren habe „unsere Überzeugung“ bestätigt, „dass keine Gesundheitsgefahr vom Kraftwerk ausgeht“.



Frank Christiansen

Geboren: 25. Mai 1970

Wohnort: Düsseldorf

Frank Christiansen hat nach seinem Studium der Politikwissenschaften, Wirtschaftswissenschaften und Psychologie ein Volontariat bei der Deutschen Presse Agentur (dpa) in Köln, Düsseldorf, Frankfurt, Bonn und Hamburg absolviert. Seit 1996 ist der Diplom-Sozialwissenschaftler Redakteur bei dpa, zuerst in Hamburg und Erfurt und seit dem Jahr 2000 in Düsseldorf mit den Schwerpunkten Justiz und Wirtschaft.

JURYPBEWERTUNG

→ Mit einer journalistisch herausgehobenen Leistung wird der Leser von einer Reportage überrascht, die einen staunenswerten Blick hinter die Kulissen erlaubt. Christiansen schildert sprachlich elegant und kann gut erklären. Kein Wunder, dass Christiansens Beitrag unter anderem vom renommierten Wirtschaftsmagazin „Capital“ abgedruckt wurde.

Die Preismacher – Wie in Bonn die Preise für Waren in aller Welt ausgedacht werden

von Frank Christiansen
dpa, Mai 2008

Das unscheinbare Bürohaus ist eine ehemalige Heftpflasterfabrik und liegt versteckt im Bonner Musikerviertel. Um von der grauen, industriellen Vergangenheit abzulenken, hat man es nach dem Komponisten Josef Haydn benannt. Die Musik spielt hier aber nur für die Top-Adressen der globalen Wirtschaft. Hinter der Fassade werden für Produkte in aller Welt die Preise ausgedacht. «Simon, Kucher & Partner» steht an der Tür, drinnen herrscht diskrete Geschäftigkeit. Die deutsche Unternehmensberatung ist in den letzten Jahren rasant zur weltweit führenden Preis-Beratung aufgestiegen, wie der „Economist“ konstatiert.

Microsoft, Coca-Cola, Daimler, Deutsche Bank – die Referenzliste wird länger und länger. „Wir beraten fast alle DAX-Konzerne und schon 100 der Fortune-500-Unternehmen in den USA“, sagt Hermann Simon (61). Der Wirtschaftsprofessor ist Gründer, Chef und Namensgeber der Firma. Obwohl aus der Wissenschaft kommend, trägt er die Uniform der Unternehmensberater, als wäre er darin geboren: Dunkler Anzug, weißes Hemd, rote Krawatte, tadellose Frisur. In diesem Jahr könnten die Bonner Spezialisten den Generalisten Roland Berger überholen – was die Zahl der Berater angeht. Über 400 sind es bereits, ihr Umsatz lag 2007 bei 80,6 Millionen Euro.

Die Etagentüren zwischen den Fluren sind verschlossen, kein Wort dringt aus den Büros, keine Akten liegen herum. Hier wird mit milliardenschweren Geschäftsgeheimnissen der Klienten hantiert, ein Blick über die Schulter ist Reportern bei dieser Arbeit verwehrt.

Aber warum muss ein Unternehmen überhaupt externe Berater engagieren, um den besten Preis für die eigenen Waren herauszufinden? „Wert und Nutzen sind oft sehr schwer zu beziffern. Das ist unser Kern-Wissen. Wir haben einen ganzen Instrumenten-Kasten, um den besten Preis zu ermit-

teln“, sagt Simon. Banken etwa hätten „sehr komplexe Preissysteme“. Und die Unternehmen seien darauf angewiesen, möglichst exakt zu wissen, was passiert, wenn sie an der Preisschraube drehen. „Bei diesen Voraussagen liegen wir sehr gut.“

So seien 23 der 25 weltgrößten Pharmakonzerne Klienten der Berater. Was akzeptieren Ärzte und Kassen als Preis für ein Medikament? Wie sind Kosten-Nutzen-Analysen zu bewerten? Wie sehen die Preise in anderen Ländern aus? Wie wird die Konkurrenz reagieren? Komplexe Situationen erfordern aufwendige Studien. Preis-Datenbanken werden aus dem Boden gestampft und Marktsimulationsmodelle entwickelt – auch wenn am Ende oft nur eine einzige Zahl steht.

Wenn ein neues Auto auf den Markt kommen soll, wird der Zielgruppe der Wagen in einer „Car-Klinik“ vorgeführt – eine Art Labor für die Preisforscher. Die Kunden dürfen den Wagen mit Konkurrenzmodellen vergleichen, sich reinsetzen. „Dann wird mit bestimmter Fragetechnik die Preisbereitschaft und der Wert der Marke ermittelt“, sagt Simon.

Ein Beispiel: Bei der Einführung des ersten Kleinwagens von Mercedes, der A-Klasse, wollten die Stuttgarter Manager unbedingt unter der Schwelle von 30 000 D-Mark bleiben, was von der Kosten- seite her auch möglich gewesen wäre. „Wir haben das genau untersucht und gesagt: Nehmt 31 000 Mark.“

Den erstaunten Automobil-Managern rechneten die Preis-Berater vor: Beim Preis von 29 500 DM hätte die Nachfrage bei 250 000 Autos im Jahr gelegen. „Mercedes hatte aber nur Produktionskapazität für 200 000 Wagen.“ Schließlich lag die Zahl der Bestellungen mit dem höheren Preis trotz Elch-Test bei knapp 200 000. „Das waren 150 Millionen Mark mehr für Mercedes“, sagt Simon.

Für einen anderen bekannten deutschen Auto-Hersteller fanden die Bonner heraus, dass die Fernseh-Funktion im Navigationsgerät ihrer Limousinen den weitaus meisten Käufern unbekannt war und sie auch keinen Wert auf Fernsehen im Auto legten. Auf der anderen Seite waren zehn Prozent der Käufer bereit, für die rollende Mattscheibe einen erklecklichen Betrag zu zahlen. „Warum also an 100 Prozent der Kunden verschenken, was man an zehn Prozent verkaufen kann?“, sagt Simon. Fortan verlangt der Auto-Konzern mehr als 1000 Euro für die TV-Funktion und wird so über Jahre hinweg etwa 60 Millionen Euro mehr einnehmen.

Der Professor predigt in seinen Fachbüchern Klasse statt Masse, höheren Profit statt größeren Marktanteil. „Unternehmensgröße ist unwichtiger als in den 70er Jahren geglaubt, das hat man spätestens bei der Fusion von Daimler mit Chrysler erkannt.“ Bevor er selbst Unternehmer wurde, lehrte Simon an Universitäten in Mainz und Bielefeld, war Gastprofessor in Harvard, Stanford, am MIT und an der Manager-Elite-Akademie Insead bei Paris. Bei Forschungsprojekten mit Großunternehmen habe er dann schließlich Mitte der 80er Jahre „Blut geleckt“. Inzwischen trauen die Top-Manager den in der breiten Öffentlichkeit kaum bekannten Beratern aus Bonn in Sachen Marketing und Vertrieb mehr zu, als den Platzhirschen Boston Consulting oder McKinsey, wie eine Befragung des «manager magazin» ergab.

„Die Spezialisten unter den Unternehmensberatern wachsen derzeit stärker als der Gesamtmarkt und werden stark nachgefragt“, bestätigte Klaus Reiners, Sprecher des Bundesverbandes Deutscher Unternehmensberater. „Simon Kucher ist es sehr gut gelungen, das Thema Pricing mit dem eigenen Unternehmen zu verknüpfen.“

Eines der akademischen Steckenpferde Simons sind nach wie vor die „Hidden Champions“, die „heimlichen Weltmarktführer“, darunter zahlreiche deutsche Mittelständler, die in ihrem Bereich weltweit führend sind. Ihr Erfolgsrezept: Spezialisierung und Globalisierung. „Das haben wir einfach kopiert“, gibt Simon zu.

Die Spezialisierung auf die Preise hat den Vorteil, dass die Bonner Berater keine Massenentlassungen ausbaldowern und auch nicht als Kosten-Killer auftreten. Dennoch sind sie nicht jedermanns Liebling. „Vertriebsleute, die ihre Produkte schön ein-

fach über einen Niedrigpreis vermarkten, mögen uns nicht immer“, sagt Simon. Denn um höhere Preise zu erzielen, müssen sich manche Vertriebler entsprechend stärker ins Zeug legen. Auch Marketing-Manager, die „viel über Emotionen reden, Zahlen hassen und blabla reden, sind nicht unbedingt unsere Freunde“, sagt Simon.

Mal kreierte Simon-Kucher die Preissysteme besonders intransparent – und dann wiederum kann ein einfacher Preis – eine Flatrate etwa beim Telefonieren – alle komplizierten Preissysteme verbannen.

Manche ihrer Preise sind kaum noch abzuschaffen. „Wir haben die Bahncard erfunden“, sagt Simon. Dahinter steckte die Idee, die Konkurrenz zum Auto aufzunehmen. „Die Kunden haben damals einfach den Spritpreis pro Kilometer gegen den Bahnkilometer gerechnet – und dabei war die Bahn dann mit 14 zu 24 Pfennig fast doppelt so teuer“, sagt Simon. „Einmalige Fixkosten – niedrige Betriebskosten, wir haben es bei der Bahncard wie beim Auto gemacht.“ Einmaliger Anschaffungspreis, niedriger Kilometerpreis – schon war die Bahn günstiger als das Auto – 3,7 Millionen Bahncards wurden verkauft. „Ein Riesenerfolg.“

„Als die Bahn die Bahncard dann trotzdem abschaffen wollte, gab es einen gewaltigen Kundenaufstand“, erinnert sich Simon. „Ich hab mich dann mit Hartmut Mehdorn im Berliner Adlon getroffen, und wir haben die Bahncard 25 entwickelt.“ Nebenbei wurde die alte Jahresnetzkarte in Bahncard 100 umbenannt. „Trotz einer kräftigen Preiserhöhung hat sich die Bahncard 100 fünfmal mehr verkauft als die alte Jahresnetzkarte, die kaum jemand kannte.“

Die Preise an Tankstellen oder bei Aldi und Lidl sind für die Preisberater eher Spielverderber. „Je komplexer, desto mehr ist drin.“ Wenn der Preisvergleich für den Kunden mal wieder unmöglich wird oder zusätzliche Kosten das vermeintliche Kampfpreis-Schnäppchen in neuem Licht erscheinen lassen, könnten die Bonner umso eher ihre Finger im Spiel gehabt haben.

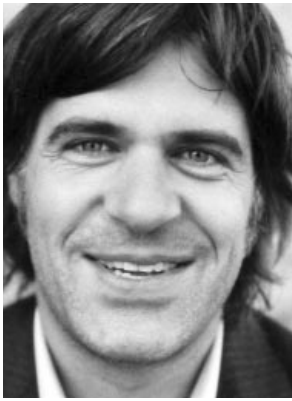
Mal ist ihr Job eine Macht-Analyse, etwa um festzustellen, wie abhängig der Autokonzern vom Zulieferer ist. Welcher Preis liegt noch unter den Kosten, sich einen neuen, gleichwertigen Zulieferer zu suchen? „Mit Kündigung drohen alle Auto-Kon-

zerne ihren Zulieferern, aber manche wehren sich gegen das Preis-Diktat deutlich besser als andere.“

Mal besteht der Job darin, psychologisches Wissen anzuwenden, etwa bei „Selten-Käufen“ im Konsum-Bereich: „Der Käufer orientiert sich in die Mitte des Preisspektrums. Deswegen kann es sehr klug sein, ein sehr teures Produkt mitanzubieten und es immer zuerst zu zeigen – auch wenn man es nicht ein einziges Mal verkauft.“

Das Beispiel ist Simon selbst im Baumarkt begegnet: „Bei Vorhänge-Schlössern mit einem Sortiment für fünf bis acht Euro wird der Umsatz pro verkauftem Schloss bei sechs Euro liegen. Nimmt man ein Schloss für 15 Euro mit ins Sortiment, wird der Kunde eher bei acht Euro zugreifen.“

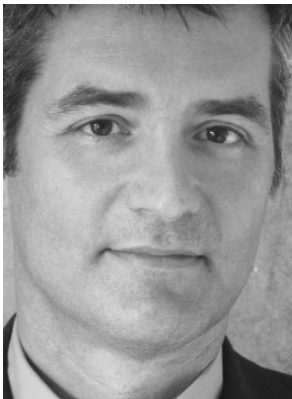
Mit den Preisen für die eigene Beratung ist Simon aber noch unzufrieden: „Das ist so wie mit den Schuhen von Schusters Kindern“ – die bekanntlich deutlich weniger hermachen, als die Schuhe im Schaufenster. Das Beratergeschäft wird nach Zeitaufwand abgerechnet – „was natürlich unsinnig ist – eigentlich sollte es wertorientiert sein“. Aber ein erfolgsorientiertes Honorar kann auch zum Fluch werden. „Wenn sich das bei einer besonders erfolgreichen Beratung auf ein Honorar von mehreren Millionen Euro summiert, wären wir doch bei dem Unternehmen verbrannt – die rufen uns nie wieder an.“



Ralph Goldmann

Geboren: 23. Dezember 1969
Wohnort: Köln

Ralph Goldmann begann nach dem Abitur seine journalistische Laufbahn als freier Mitarbeiter von „Kölner Stadtanzeiger“ und „Kölnische Rundschau“. Während des Magister-Studiums (Anglistik, Germanistik, Geschichte) in Köln arbeitete er zudem als freier Redakteur und Reporter unter anderem für RTL Television und im ZDF-Landesstudio NRW. Er volontierte bei der Deutschen Fernseh Nachrichten Agentur (DFA). Seit August 1998 ist er als Redakteur und Reporter im ZDF-Landesstudio NRW unter anderem für Wirtschaftsthemen zuständig.



Stefan Hanf

Geboren: 4. Januar 1966
Wohnort: Nieder-Olm bei Mainz

Stefan Hanf studierte Publizistik, Germanistik und Politikwissenschaften in Münster und Paris. Zunächst arbeitete er als Reporter und Redakteur beim Südwestfunk in Mainz. Seit 1997 ist er beim ZDF tätig und arbeitet seit 2005 in der Redaktion der Wirtschafts- und Verbrauchersendung WISO.

JURYPBEWERTUNG

→ Der Beitrag von Ralph Goldmann und Stefan Hanf überzeugt thematisch wie handwerklich. Er ist sehr gut recherchiert, ausgewogen und ausführlich. Die Bilder dieses Beitrages laden ein, gesehen zu werden. Mit ihren gelungenen Perspektivwechseln schaffen sie einen Spannungsbogen, der bis zum Ende zum „Dranbleiben“ verführt. Den beiden Autoren ist eine hervorragende Analyse des Nokia-Falls mit starken Bildern und großen Emotionen gelungen. Sie haben nicht dem Main-Stream gehuldigt, sondern den „Fall Nokia“ sehr breit recherchiert und mit Positionen aus der Wirtschaftsethik flankiert. Eine solch umfassende Recherche ist wahrscheinlich nur noch in wenigen Redaktionen möglich. Gleichwohl muss man das Wollen und den Mut haben, das Stück so zu machen. Respekt!

Abschied auf Finnisch – Nokia und der Deal von Bochum

von Ralph Goldmann und Stefan Hanf. ZDF, 25. Juni 2008





Karsten Stumm

Geboren: 4. November 1971
Wohnort: Düsseldorf

Karsten Stumm besuchte nach seinem Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Köln die Kölner Journalistenschule. Anschließend war er für die „DM“-Magazinredaktion tätig. Aktuell arbeitet Karsten Stumm für SPIEGEL ONLINE/manager-magazin.de als Korrespondent in Düsseldorf.

JURYPREISBEWERTUNG

→ Karsten Stumm greift ein Thema auf, das eigentlich schon lange darauf wartet, bearbeitet zu werden, nämlich die – durchaus problematische – Beteiligung von Kommunen an Energieversorgern. Er begibt sich anschaulich und mit lebendigem Schreibstil auf eine faszinierende „Spurensuche“, auf der ihn der Leser gerne begleitet. Mit seiner Betrachtung einer langfristigen wirtschaftlichen Entwicklung und seiner journalistischen Bewertung der Chancen und Risiken setzt Stumm einen klugen Akzent in der oft noch zu kurzatmig urteilenden Branche des Wirtschaftsjournalismus.

Das Rheintal-Kasino

von Karsten Stumm
manager-magazin.de
9. September 2008

Die Stadt Bingen ist unter die Spekulanten gegangen. Der Weinort ist mit einer zweistelligen Millionen-summe in einer einzigen Aktie investiert – zum Entsetzen von Finanzprofis, die jetzt um das Geld der Bingerer Bürger bangen. Doch der Stadtrat verharrt in rheinischer Gemütlichkeit. Und zockt weiter.

Düsseldorf – Einen winzigen Moment lang spürt man das ungläubige Staunen in Rolf Tilmes's Stimme. Bemerkt das atemlose Innehalten, bis er diese eine Frage aufwirft, die er sich selbst nicht beantworten kann. „Warum nur spekuliert der Rat der Stadt Bingen mit dem gesamten Aktienbesitz seiner Gemeinde auf eigene Faust an der Börse?“

Rolf Tilmes ist Spezialist für Vermögensverwaltungen. Das klingt nach nichts Griffigem, nach Verschwiegenheit vielleicht. Als gäbe es keine Menschen, nur Kontonummern. Doch das ist ein Irrtum, und wenn der sich auflöst, ist das lange Drama zu sehen, mit dem Finanzexperten wie er bisweilen zu kämpfen haben. Das der Bingerer Ratsherren begann vor Jahrzehnten. Seitdem werden sie den Fluch des planlosen Aktionärs nicht mehr los.

Die Stadt im Rheintal besitzt seit den 1960er Jahren 300 000 RWE-Aktien, die sie einst für den Verkauf eines Gaskraftwerks an den Essener Energieriesen RWE erhielten. Nach all den Jahren ist das Aktienpaket stolze 20 Millionen Euro wert. Das ist eine Menge Geld für ein Örtchen mit gerade einmal 25 000 Einwohnern. Das ist nahezu das Siebenfache dessen, was Bingen in diesem Jahr für Bau, Wohnungswesen und Verkehr zusammen ausgibt. Doch statt umso vorsichtiger mit dem wertvollen Besitz umzugehen, spekuliert die Gemeinde lieber mit dem ganzen Batzen.

„Wir haben diese RWE-Aktien seit Jahrzehnten, immer nur dieses eine Papier. Das ist unser gesamter Aktienbesitz. Aber mit dem haben wir auch

lange Zeit eine sehr gute Rendite abgeschöpft“, sagt Dieter Birkholz, Leiter der Stadtwerke Bingen, die formal im Besitz der Bingerer RWE-Aktien sind.

Das Geschäft hat die Bingerer aber auch zum Gefangenen des Börsengeschäfts gemacht. Je nachdem wie der RWE-Kurs gerade steht, sind Bingens Bürger mal reicher, mal ärmer. Tag für Tag, ohne es je selbst beeinflussen zu können. Zwischen den Jahren 2002 und 2003 beispielsweise rauschte der Wert ihres RWE-Aktienpakets so kräftig in den Keller, dass Bingens Bürgern das eigene Aktienvermögen geradezu zwischen den Fingern zerrann. Aus dem damaligen Wert des RWE-Pakets vor der Börsenkrise, etwa zwölf Millionen Euro, waren binnen kürzester Zeit nur noch sechs Millionen Euro geworden. Und das auch noch im Verborgenen.

„Öffentlich gemacht haben wir das gegenüber unseren Bürgern nie. Das mussten wir ja auch nicht“, sagt Stadtwerke-Leiter Birkholz, und hat damit formal Recht. Denn trotz des Kurseinbruchs waren die Aktien damals noch mehr wert als bei ihrer Anschaffung in den 1960er Jahren. Und so hatten die Stadtwerke trotz ihrer zwischenzeitlichen Millionenverluste keinen Abschreibungsbedarf. Und nur den hätten sie publik machen müssen.

Pläne selbst zunichte gemacht

„Aber spätestens nach dem damaligen Kurseinbruch hätte der Rat der Stadt doch aufschrecken, professionelle Hilfe holen und das Portfolio um-

bauen lassen müssen, um nicht die Gefahr eines Totalschadens heraufzubeschwören“, sagt Rolf Tilmes, Chef des deutschen Bundesverbandes der Financial Planner an der European Business School (EBS); das Institut ist auf die Weiterbildung von Finanzprofis spezialisiert.

Der Binger Stadtrat reagierte dennoch nicht. Regungslos schauten die Ratsherren dem Wertverfall ihres Aktienpakets zu – und hatten unsagbares Glück. Zufällig gerieten die Binger, wie die meisten Aktienanleger weltweit, nach dem kräftigen Börsenabschwung zu Beginn dieses Jahrzehnts in eine kräftige Aufschwungphase ab Mitte der laufenden Dekade. Der Wert ihres RWE-Aktienpakets stieg dabei so rasant, dass Bingens Ratsherren wider Erwarten unbeschadet aus der eigentlich schon gescheiterten Geldanlage herauszukommen schienen. Doch wieder standen sie sich selbst im Wege.

Zwar rang sich die Gemeinde am 15. November 2006 durch, „die Verwaltung mit einem Verwertungskonzept für den RWE-Aktienbesitz zu beauftragen“, wie es in den entsprechenden Ausschussprotokollen heißt. Und nach mehr als einem weiteren zähen Jahr quälender Beratungen in Arbeitskreisen und Besprechungen des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt sollte schließlich die Landesbank Rheinland-Pfalz den Verkaufserlös der RWE-Aktien sicher und breit anlegen. Doch die Wiederanlage kam in entscheidenden Teilen bis heute nicht zustande. Und damit auch nicht die Sicherung des Vermögens der Binger Bürger.

Spurensuche im Winzerort. Blauer Himmel, der Rhein malerisch zwischen die Weinberge gezwängt, exakt angelegte Grünstreifen, wie mit der Nagelschere geschnitten – alles in Ordnung, alles akkurat. Das ist Bingen im Unesco-Welterbe Oberes Mittelrheintal, ein Vorzeigedörfchen nahe der Loreley. Wenn den Rat der Stadt nicht immer wieder das Börsenfieber packen würde.

„Es stimmt schon, wir hatten diesen Verkaufsbeschluss gefasst, um Sicherheit in die Geldanlage zu bringen. Aber im vergangenen Jahr stiegen die Aktienkurse doch wieder. Unsere RWE-Aktien wurden immer mehr wert, manchen Leuten hier sind die Augen übergegangen. Warum sollten wir sie da abgeben?“, sagt Frank Berlep, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Binger Stadtrat; sie hat dort die Mehrheit.

Deshalb gab der Stadtrat den Bankern der Landesbank Rheinland-Pfalz plötzlich vor, den Erlös aus dem Verkauf des RWE-Aktienpakets erst neu anlegen zu dürfen, sofern Bingens RWE-Titel wenig-

stens 22,5 Millionen Euro brächten. Das entsprach einem Kurs von 75 Euro je RWE-Titel. „Wir wollten unsere Aktien ja auch nicht überhastet unter Wert verkaufen“, sagt Ferdinand Moos, Kämmerer der Stadt Bingen und damit oberster Aufseher der städtischen Finanzen.

„Schon damit hat der Rat seine Kompetenzen unter Umständen überschritten, weil deutsche Kommunen schlicht nicht spekulativ tätig werden dürfen“, sagt die Leipziger Professorin Dorothea Hegele, die sich auf Kommunalrecht spezialisiert hat. Doch einige Zeit später legten die Binger nach Angaben ihres Kämmerers auch noch nach und setzten die Verkaufsschwelle um weitere fünf Millionen auf nunmehr 27 Millionen Euro hoch – und damit auf einen Preis von 90 Euro je RWE-Titel.

Kam nicht wenigstens in diesem Moment Angst auf, sich auf Kosten der eigenen Bürger verspekulieren zu können?

Greift die Kommunalaufsicht ein?

„Die RWE-Aktien haben in der Vergangenheit zwar schon einmal stark an Wert verloren. Aber es gab ja auch Zeiten, an denen sie kräftig gewonnen haben“, sagt Bingens Finanzchef Moos. „Dass sie jetzt plötzlich entscheidend und dauerhaft an Wert verlieren würden, konnten wir uns nicht vorstellen.“ Bingens Ratsherren haben vielmehr geglaubt, die Börse im Griff zu haben. Seitdem hat die Börse sie im Griff.

Tatsächlich trat der absehbare Fehlschlag kurze Zeit später ein: Der Stadtrat hatte überreizt, die Börse kippte. Allein in den vergangenen acht Monaten haben Bingens RWE-Aktien mehr als 20 Prozent ihres vorherigen Werts verloren – und das neuerliche Minusgeschäft kommt für Experten nicht mehr überraschend.

„Wer vier-, fünfmal Erfolg an der Börse hatte, gesteht sich eines nicht mehr ein: Nämlich, dass seine vorherigen Gewinne womöglich purer Zufall waren. Den Anlegern erscheint es als Können. Selbstüberschätzung ist deshalb ein wichtiger Grund für Fehlschläge bei der Geldanlage“, sagt Joachim Goldberg, dessen Unternehmen Cognitrend sich auf Finanzmarktanalysen mit psychologischem Blickwinkel spezialisiert hat.

Schon sind Bingens RWE-Papiere nur noch 68 Euro wert. Tendenz: fallend und fallend, weltweit sinken die Aktienkurse seit Jahresbeginn. Ob in Tokio, New York oder eben Frankfurt am Main. Ohne es zu merken, sind Bingens Bürger somit seit Anfang Januar nahezu neun Millionen Euro ärmer gewor-

den. Und deshalb könnte jetzt sogar die Kommunalaufsicht auf Bingen aufmerksam werden. Die zuständige Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Rheinland-Pfalz musste sich um Bingens eigentümliche Aktiengeschäfte zwar bisher nicht kümmern, weil der Verkauf dieser Art städtischen Vermögens Sache des Bingener Rats selbst ist. „Doch unwirtschaftliches Verhalten ist ein Rechtsverstoß, und dagegen kann die Rechtsaufsicht einschreiten“, sagt Hans Herbert von Arnim, Professor und Mitglied mehrerer Sachverständigenkommissionen sowie des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung in Speyer. Und unwirtschaftlich ist es allemal, tatenlos zuzuschauen, wie der Wert des eigenen Vermögens zusammenschmilzt.

„Habe keinen hohen Blutdruck“

Bingens CDU-Fraktionschef Berlep bleibt dennoch gelassen. „Ich habe auch jetzt keinen besonders hohen Blutdruck. RWE ist ein Weltkonzern, dessen Aktienkurs wird schon nicht auf einen Schlag einbrechen“, sagt er. Experten allerdings sind zumindest von der Chance auf schnelle Kursbesserung wenig überzeugt. „Der Nachrichtenfluss von der jüngsten Investorenkonferenz der RWE ist nicht stark genug gewesen, um das derzeit negative Sentiment für die Aktie zu drehen“, sagt WestLB-Analyst Peter Wirtz – obwohl das Unternehmen derzeit gute Geschäfte macht.

Daimler-Aktionäre kennen dieses Phänomen. Die Autos mit dem Stern fahren derzeit mehr Gewinn ein als all die Fahrzeuge ihrer Konkurrenten. Doch der Kurs der Daimler-Aktie ist auf das Niveau von 2005 zurückgesackt. „Wir hatten ohnehin erwogen, in den zuständigen Ausschüssen vielleicht bald einmal zu besprechen, wie es mit unseren RWE-Aktien weitergehen soll“, antwortet Berlep da nach kurzem Überlegen.

Die Aktionäre eines anderen deutschen Weltkonzerns dürften den rheinischen Gleichmut mit bangeren Blicken beobachten: die Anteilseigner der Deutschen Telekom. Der Kurs ihrer Aktien brach ebenfalls kurz nach der Jahrtausendwende ein – wie seiner Zeit auch der von Bingens RWE-Aktien, und zwar ebenso plötzlich. Der einzige Unterschied: Die Telekom-Papiere haben sich bis heute nicht davon erholt, trotz der kräftigen Börsenschwungphase in der Zwischenzeit. Und Hunderttausende Telekom-Aktionäre sind sich mittlerweile sicher, ihr Geld für immer und ewig los zu sein. Fürchten sich Bingens Stadtbere denn nicht da-

vor, eines Tages die Frage beantworten zu müssen, warum sie das Geld ihrer Bürger so leichtfertig aufs Spiel gesetzt haben?

Die zuständigen Ausschussmitglieder Bingens stellen sich diese Frage offenbar nicht. Sie berieten kürzlich wieder einmal, wann der RWE-Aktienbesitz denn nun neu und sicherer angelegt werden soll. Und sie blieben trotz des Börsenschwungs stoisch bei ihrer vorherigen Entscheidung: Erst, wenn die RWE-Aktien zum Kurs von 90 Euro zu verkaufen sind, entschieden die Bingener erneut. Das aber ist mittlerweile weit vom aktuellen Kurs der RWE-Titel von 68 Euro entfernt.

„Alles auf eine einzige Aktie zu setzen und stur dabei zu bleiben, ist keine Investmentstrategie. Das ist schlicht halsbrecherisch“, urteilt EBS-Experte Tilmes.



Marco Lauer

Geboren: 11. August 1976

Wohnort: Tübingen

Marco Lauer hat nach seiner Ausbildung als Winzer Volkswirtschaft an der Fachhochschule Nürtingen und an der Fachhochschule Solothurn/Schweiz studiert. Darüber hinaus besuchte er zwei Journalistenschulen: die Schweizer Journalistenschule „maz“ und die „Zeitenspiegel-Reportageschule Günter Dah“ in Reutlingen. Seit 2006 ist er als freier Journalist tätig unter anderem für SPIEGEL ONLINE, DIE ZEIT und brand eins.

JURYPBEWERTUNG

→ Der Beitrag von Marco Lauer ist eine ebenso zum Schmunzeln anregende wie die wirtschaftlichen Fakten der Erfolgsstory rund um die Lösung der Notdurft beschreibende Darstellung einer mittelständischen Geschäftsentwicklung. Marco Lauer überzeugt mit seiner klaren und anschaulichen Sprache.

Geschäft mit dem Geschäft

von Marco Lauer
SPIEGEL ONLINE,
März 2008

Wohl jeder musste sie - notgedrungen - schon mal benutzen: Seit 1973 gibt es die Dixi-Klos, heute stehen die mobilen Aborte zehntausendfach in 31 Ländern. Marco Lauer über eine Made-in-Germany-Erfolgsstory und den Mittelständler, der dahinter steckt

Am Anfang ist die Windel. Das erste Klo im Leben des Menschen. Zugleich die mobilste aller sanitären Einrichtungen. Wenn die Firma Adco für ihr Kerngeschäft wirbt, dann stellt sie diese Botschaft immer voran. Eigentlich, so sagt man bei Adco, ist ihr Produkt „so etwas wie eine Windel für Erwachsene. Nur größer.“

Adco ist der weltgrößte Betreiber von Mobiltoiletten, bekannter unter seinem Markennamen: Dixi-Klo. Davon hat Adco mittlerweile 170.000 in 31 Ländern aufgestellt. Allein in Deutschland sind es 80.000 der blauen Büdchen – auf Baustellen, auf Golfplätzen, bei Open-Air-Konzerten und Feuerwehrfesten.

Die Schaltzentrale des Toilettenimperiums liegt im Gewerbepark von Ratingen, einer schmucklosen Stadt nördlich von Düsseldorf. Im Konferenzraum erklärt an diesem sonnigen Nachmittag Johannes Borgmann die Sache mit den Windeln. Borgmann, 53, ist einer von fünf Geschäftsführern bei Adco, zuständig für das Marketing.

Borgmann, ein gut gekleideter, drahtiger Mann, sagt zu Beginn erstmal, dass er froh sei, vor vielen Jahren bei Adco gelandet zu sein. Etwas Krisenfestes gebe es ja kaum und außerdem: „Aufs Klo gegangen wird immer.“ Wer nun aber denkt, damit wäre die Geschäftsgrundlage von Adco abschließend beschrieben, den belehrt Borgmann eines besseren. Denn Dixi ist nicht gleich Dixi.

Die Firma vertreibt ihre Toiletten in zwei verschiedenen Produktlinien, die sich vor allem im Ambiente unterscheiden. Während Dixi für Standardausführung steht, firmiert das Premiumsegment unter dem Namen „toi toi“. Im Produktkatalog, den Borgmann dem Besucher reicht, heißt es: „Die Dixi ist die solide Lösung, wenn es um eine ebenso funktionale wie robuste Sanitärkabine geht.“ Und auf der nächsten Seite: „Toi Toi Classic ist die mobile Toilette für all jene, die mehr verlangen. Die extra große Grundfläche sorgt für eine hohe Stand-

sicherheit und viel Platz im Innenraum. Integriert ist auch ein formschönes Urinal.“

Einer, der sich bei Adco um diese Grundflächen und formschönen Urinale kümmert, steht an diesem Morgen vor seinem Lkw und genießt die Frühlingsluft bei einer Zigarette. Matthias Wieser ist einer der vielen Servicefahrer des Unternehmens. Jener Leute, die Sorge tragen dafür, dass die mal mehr, mal weniger intensiv genutzten Klos wieder in Schuss kommen. Und natürlich auch dafür, dass neue Kapazitäten darin frei werden. Die Servicefahrer sammeln den Inhalt der Mobiltoiletten, die ja keinen Anschluss an die öffentliche Kanalisation haben, und entsorgen ihn am Ende bei der nächsten Kläranlage.

Wieser drückt die Zigarette aus. Er steigt in seinen Lkw mit dem darauf montierten Abwassertank und fährt die nächste Baustelle an. Die Arbeit erledigt er mit Routine, in sechs bis acht Minuten hat er eine Toilette „geschafft“. 40 Stück reinigt er jeden Tag. Er saugt die Fäkalien mit einem armdicken Schlauch ab, wechselt das Klopapier und spritzt die Kabine mit einem Hochdruckreiniger aus. Im Grunde sei das keine schwere Arbeit, sagt er - verglichen mit den 25 Jahren, die er zuvor als Maurer geschuftet hat. Nur manchmal komme es heftiger, beispielsweise bei umgekippten Kabinen.

Aber das ist eben auch Teil von Wiesers Job – schließlich garantiert Adco seinen Kunden einen Rundum-Service. Von der eigenen Herstellung der Kabinen in einem Werk bei Eisenach über die Reinigung bis zur Entsorgung. Damit hebt man sich ja auch von der Konkurrenz ab, den rund 200 kleinen Mitbewerbern, die sich die restlichen 40 Prozent des Mobiltoilettenmarktes aufteilen.

1,26 mal 1,26 Meter misst die Grundversion des Adco-Produktes. Die Geschichte dieser mobilen Privatsphäre begann 1973. Damals wollte der in Deutschland stationierte US-Soldat Fred Edwards während der Manöver nicht mehr dicht neben seinen Kollegen auf dem Donnerbalken sitzen, sie hö-

ren und sehen. In seiner Garage schraubte er ein kleines Häuschen zusammen: ein Urinal, eine Fallgrube mit Loch und vor allem dem ersehnten Sichtschutz. Edwards wählte auch den Namen Dixi - das klang schön lustig und leicht für eine eher schmutzige Angelegenheit.

Zehn Jahre lang war er Monopolist auf dem deutschen Markt - dann kam Harald Müller, zimmerte in Wiesbaden ein sechseckiges Designobjekt zusammen, nannte es „toi toi“ und war fortan Edwards großer Konkurrent. Bis 1997 der Amerikaner an Müller verkaufte, der dann die Firma Adco gründete und seitdem die unumstrittene Nummer eins ist im Geschäft mit dem Geschäft. Auf fast 200 Millionen Euro Umsatz kam er im vergangenen Jahr.

Wichtiger noch als schlichte Zahlen ist: Dixi hat es geschafft, zu einer Marke zu werden. Selbst der Heilige Vater aus Rom suchte vor drei Jahren auf dem Weltjugendtag in Köln eine Toilette aus Ratingen auf. "Eine Imagekampagne, die kaum zu toppen ist", sagt Johannes Borgmann noch heute begeistert.

Für den Heiligen Vater wurde eigens eine Art Dixi-Klo in Übergröße aufgestellt - ein ganzer Container

mit Anziehraum und integrierten Marmorwänden. Ein VIP-Dixi, wie es dutzendfach auch ein Jahr später bei der Fußball-WM in Deutschland zum Einsatz kam.

Auf Unterschiede in der Ausstattung der Toiletten muss Adco auch bei der Expansion ins Ausland achten. „Der Deutsche“, sagt Borgmann, „ist ja ein vergleichsweise anspruchsloser Toilettengänger.“ Die Freifallkabine reiche. Der Engländer hingegen wolle spülen danach, der Portugiese und der Spanier bestehe auf Sichtschutz unter der Brille, um entspannen zu können.

„Überhaupt Spanien“, seufzt Borgmann: das Land der langen Siesta sei das Sorgenkind in Europa. Die Bauarbeiter - in jedem Land die wichtigste Klientel - verwehren sich den Gang auf die Toilette bis zum Mittag. Und wer nicht zu weit weg wohnt von daheim, geht dann in den drei Stunden der Siesta nach Hause. So könne natürlich keine Mobiltoilettenkultur entstehen.

Besser sind da schon die Aussichten in den beiden bevölkerungsreichsten Ländern der Erde, Indien und China. „Das sind riesige Märkte, in die wir noch viel stärker hinein wollen.“ Gerade im Zuge des gigantischen Baubooms sei die Mobilität aus Deutschland in Fernost sehr gefragt.

ALLE PREISTRÄGER IN DER ÜBERSICHT



druckmedien + hörfunk + web + fotografie + film

Marc-Stefan Andres, brand eins; **Christoph Bauer**, Westfälische Rundschau; **Michael Baus**, Ruhr Nachrichten; **Sylvia Binner**, General-Anzeiger Bonn; **Dirk Böttcher**, brand eins; **Silvia Bose**, Westdeutscher Rundfunk; **Marc Brost**, DIE ZEIT; **Frank Christiansen**, dpa; **Anette Dowideit**, Die Welt; **Peter Fiedler**, Ruhr Nachrichten; **Claudia Fischer**, Westdeutscher Rundfunk; **Dr. Jasmin Fischer**, Westdeutsche Allgemeine Zeitung; **Ulrich Friske**, Westfalenpost; **Bettina Görlitzer**, Lüdenscheider Nachrichten; **Ralph Goldman**, ZDF; **Günther Goldstein**, Ruhr Nachrichten; **Barbara Grofe**, Rheinische Post; **Dr. Nina Grunsky**, Westfalenpost; **Stefan Hanf**, ZDF; **Dieter Hirsch**, Ruhr Nachrichten; **Jörg Homering-Elsner**, Münsterländische Volkszeitung; **Alexander Houben**, Magazin „Macher“; **Mathias Irle**, brand eins; **Jens Jarisch**, Deutschlandfunk; **Wolfgang Jung**, Westdeutscher Rundfunk; **Dr. Reinhard Kallenbach**, Rhein-Zeitung; **Hans-Bruno Kammertöns**, DIE ZEIT; **Joachim Karpa**, Westfalenpost; **Karl-Heinz Knepper**, Ruhr Nachrichten; **Thomas Knüwer**, Handelsblatt; **Bettina Köhl**, General-Anzeiger Bonn; **Martin Korte**, Westfalenpost; **Marco Lauer**, SPIEGEL ONLINE; **Gerd Lorenzen**, Westfalenpost; **Kathleen Maleike**, Deutschlandfunk; **Katrin Matthaehi**, WDR-Fernsehen; **Sylvia Miskowiec**, General-Anzeiger Bonn; **Philipp Ostrop**, Ruhr Nachrichten; **Ludwig Overmann**, Ruhr Nachrichten; **Magdalene Quiring-Lategahn**, Ruhr Nachrichten; **Frank Rintelmann**, General-Anzeiger Bonn; **Beate Rottgardt**, Ruhr Nachrichten; **Delphine Sachsenröder**, General-Anzeiger Bonn; **Theo Schmetkamp**, Westfälische Rundschau; **Lothar Schmitz**, IHK plus; **Anja Schröder**, Westfälische Rundschau; **Christian Schweitzer**, Westdeutscher Rundfunk; **Dr. Julian Stech**, General-Anzeiger Bonn; **Karsten Stumm**, manager-magazin.de; **Martin Sturm**, Rhein-Zeitung; **Ulli Tückmantel**, Rheinische Post; **Georg Weishaupt**, Handelsblatt; **Bodo Zapp**, Westfalenpost.